

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 32.

Sonnabend, den 7. August 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Den Geldbeutel auf! — Samuel Gompers. — Die Entwicklung der schwebeligen Steinindustrie. — Konzentration. — Aus dem Lithographiefeld. — Gegenwärtige Situation in Striegau. — Erweiterung eines Steinwegbauers. — Bekanntmachung des Zentralvorstands. — Korrespondenzen. — Beschäftigung erwachsener Arbeiter in Steinbrüchen. — Erklärung gegen Oswald. — Kunstschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Quittung. — Adressenänderungen. — Neue Zahlstelle. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Wirtschaftliche Kunstschau. — Der fünfte internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung. — Feuilleton: Stefan vom Grillenhof. — Arbeitsverhältnisse am Remiginsberg bei Altenglan. — Korrespondenzen. — Literarisches.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Schmalkalden u. Brotterode: Firma Köppler u. Wedel. — Niederlamm: Firma Heinrich, für Steinmehlen und Pflasterer. — Köln: Baugeschäft Ferdinand Schmitz. — Osterwald: Steinmehlgewerbe Meine u. Illemann.

Hamburg I-u. II. In der Aussperrungsangelegenheit für das Baugewerbe tagte am 3. August nochmals ein Schiedsgericht. Als Schiedsrichter für die Arbeiter fungierten die Genossen v. Elm und A. Neumann.

Lutter am Barenberge. Der Streik bei Herrn Friede ist zu unseren Gunsten beendet. Die Gemahregeln werden wieder eingestellt, weiter gab der Firmeninhaber die Zusicherung, bei eintretenden Differenzen jederzeit mit uns zu verhandeln.

Sternenfels. Der Steinhauermeister Chr. Brumm in Freudenstein entließ sämtliche Steinhauer, weil sie sich weigerten, Streitarbeit für Mühlbach anzufertigen. Betroffen sind 23 Kollegen.

Gefress. Die Firma Künzel & Schedler hat am 3. Juli 20 Pflastersteinarbeitern gekündigt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Dortmund. Wegen Lohnunterschieden legten bei den Westdeutschen Marmor- und Granitwerken die Hauer und Schleifer die Arbeit nieder. Zugang ist streng fernzuhalten.

Denkstätten. Der Kampf bei der Firma Schönmann hat dadurch eine Aenderung erfahren, daß am Sonntag, den 25. Juli, eine starkbesuchte Versammlung eine Resolution annahm, den Streik zu beenden, wenn der Unternehmerverband sich verpflichtet, die fragliche Arbeitsordnung in weiteren Geschäften vorerst nicht einzuführen.

Raffershammer. Die Steinmehlen und Brecher der Firma Jakob, Platz Schwarzhammer, sind am 5. Juli in den Streik getreten. Der Unternehmer will auf unsere Tarifvorlage nicht eingehen. Ein gewisser Johann Specht leistet Streifbedienste.

Solnhofen. Der Kampf geht weiter. Herr Oswald verbreitet das Gerücht, unser Kollege Boehm sei bei den Lithographiestein-Industriellen gewesen, um für unsere Verbandskollegen nach Beendigung des Kampfes wieder Arbeit zu erwirken. Der christliche Oswald hat mit dieser seiner Behauptung nur eine Lüge aufgetischt. (Siehe die Erklärung des Kollegen Boehm in dieser Nummer.)

Striegau. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Unternehmer wollen an unseren Kollegen, wegen des heldenmütigen Kampfes, ihr Mütchen kühlen. (Siehe Artikel in dieser Nummer.)

Regenstauf. (Depesche.) Die Firma Vogner hat unsere Forderung bewilligt. Der Streik ist zu unseren Gunsten erledigt.

Den Geldbeutel auf!

Die neuen Steuergesetze, die von den Konservativen, Polen und Zentriern geschaffen wurden, traten teilweise schon am 1. August in Kraft. Millionen von Verwünschungen gegen die Regierung und den Schnapsloß werden ausgestoßen werden, auch von sonst geduldenen Bürgern, denen die erhöhten Bierpreise nun erst zum Bewußtsein bringen, daß es ernsthaft ans Zahlen geht! Am Bierische ist der Philister ja in der Regel ein politischer Held; da donnert er oft kräftig auf die Regierung und die herrschenden Parteien, und soll er nun gar neue Steuern zahlen — o, dann kommt er ganz aus Rand und Band. Aber nur am Bierische! Und so wie er heute flucht und wettet, so jubelte er im Februar 1907, als er in seinem großen Unverstande die demokratische Vertretung im Reichstage — d. h. die sozialdemokratische — geschwächt und die jegliche Mehrheit geschaffen hatte. Nun muß die Jech behält werden, die der aus den Kaffernwahlen 1907 hervorgegangene Reichstag gemacht hat — da erwacht auch der Philister aus seinem „nationalen“ Rausche und ein elender Rachenjammer stellt sich ein. So

geht es eben: Wer die Augen nicht aufmacht, der muß den Beutel aufmachen! Ob diese Lehre nun helfen und auch den Spießbürger zur Besinnung bringen wird? Wir wollen es abwarten.

Am schwersten aber werden ja die Arbeiter getroffen. Für diese heißt es den Riemen enger schnallen! Der Arbeiter, der die ganze Woche, Tag für Tag, vom frühen Morgen bis zum Abend, schwer gearbeitet hat und nun an Sonntagen mit seiner Familie sich einen kleinen Genuß verschaffen möchte, der muß erst noch einmal die paar Pfennige zählen, die für solche Zwecke erübrigt werden können, und gar mancher wird zu dem Resultat kommen, daß es nun nicht mehr ausreicht zu einem kleinen Sonntagsvergnügen. Und will er sich diese kleine Abwechslung und den mäßigen Genuß nicht versagen, so muß er dafür in anderer Art büßen. Denn auch die allgemeinen Haushaltungskosten werden nun wieder größer — und wo das Geld hernehmen? Es reicht ja bisher nicht zum Notwendigen. Und die Preiserhöhungen sind diesmal ganz außerordentlich groß, auch deshalb, weil die Unternehmer die Gelegenheit benutzen wollen, die Preise noch weit mehr als der Steuerbetrag ausmacht, zu steigern. Vor allem sind es die Brauereien, die mit der neuen Biersteuer noch ein Geschäft machen wollen.

Sehr bald wird das Glas Bier mit einem Preisaufschlag verkauft werden, der sehr verschieden ist. In Berlin haben die Brauereien beschlossen, den Bierpreis derart zu erhöhen, daß die Wirte das halbe Liter mit einem Zuschlag von mindestens 5 Pfg. verkaufen müssen. In Bayern werden dagegen die Brauereien und Wirte nur einen Aufschlag von 2 Pfg. für das Liter nehmen. Und das entspricht ungefähr der Steuer. Auch in Brauen haben die Brauereien einen Preisaufschlag von 2 Mk. für das Hektoliter beschlossen.

Ebenso verschieden sind die Preissteigerungen der Wirte. Aber um 3—5 Pfg. dürfte das Glas Bier allgemein teurer werden, da auch wieder kleinere Gläser zur Verwendung kommen sollen. Es steht also fest, daß neben dem an sich schon großen Steuerzuschlag noch eine besondere Preiserhöhung vorgenommen wird. Die Brauereien suchen ihr Vorgehen mit einer gänzlich falschen Darstellung der Biersteuer zu rechtfertigen, indem sie vor allem behaupten, die 100 Mill. Mark Biersteuern hätten allein die norddeutschen Brauereien zu tragen, und sie müßten danach ihre Rechnung aufstellen. Das ist nicht richtig. Auch die süddeutschen Staaten, Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen, müssen ganz selbstverständlich in gleicher Weise wie Norddeutschland zur Steuer beitragen, nur mit dem Unterschiede, daß diese Staaten ihre besonderen Brauergesetze haben, sie einen entsprechend ihrer Landesproduktion festgesetzten Beitrag in die Reichskasse zahlen und nun von ihren Landtagen die Erhöhung der Biersteuer besonders beschließen lassen. Bayern muß zu den 100 Millionen neuer Biersteuern 13, Württemberg 5 und Baden und Elsaß-Lothringen müssen zusammen auch etwa 5 Millionen beitragen; dazu kommt noch die Uebergangsabgabe, die von dem Bier erhoben wird, das aus Süddeutschland nach dem Gebiet der Norddeutschen Brauergemeinschaft zur Einführung gelangt, die etwa 7½ Mill. Mark einbringt, so daß also Süddeutschland rund 30 Millionen, die Norddeutsche Brauergemeinschaft rund 70 Mill. Mark von den neuen Steuern aufbringen müssen. Das entspricht auch ganz der Berechnung der Regierung. Die Steuer beträgt für den Doppelzentner Braustoffe im Durchschnitt 10 Mk. mehr als bisher. Da seither über 8 Mill. Doppelzentner Braustoffe in Norddeutschland jährlich zur Versteuerung kamen, mit einem Rückgang der Produktion von 10 Prozent gerechnet wird, so ist ein Verbrauch von 7 Mill. Doppelzentnern Braustoffe zu erwarten, auf die 70 Mill. Mark mehr Steuern kommen. Aus einem Doppelzentner Maß werden mindestens etwa sechs Hektoliter Bier gewonnen — große Brauereien erzielen eine viel höhere Ausbeute — und deshalb beträgt die Mehrbelastung für die Brauereien etwa 1.40 bis höchstens 1.80 Mk. für das Hektoliter Bier. Wenn der Bierpreis um mehr als 2 Pfg. für das Liter erhöht wird, kommt das Mehr den Brauereien und Wirten zugute. Und dem Volke werden daher nicht nur hundert Millionen neuer Steuern, sondern auch noch einige hundert Millionen neuer Profite für Brauereien und Wirte mit der Bierpreiserhöhung abgenommen.

Die Brauereiaktien sind aus diesem Grunde in den letzten Wochen bereits ganz bedeutend gestiegen! So schlägt das Kapital aus den neuen Steuern noch erhöhte Profite heraus und das arbeitende Volk muß bluten, es wird doppelt und dreifach geschöpft! Eine Bierpreiserhöhung von einem Pfennig für das halbe Liter bedeutet für den Arbeiter schon eine schwere, empfindliche Belastung. Und nun soll das Glas Bier 3 und 5 Pfg. mehr kosten! Dazu kommt noch, daß durch den erwarteten Produktionsrückgang viele Brauereiarbeiter brotlos werden und das Angebot von Arbeitskräften vermehren.

Die Armen der Armen, die in einem Glase Brantwein den einzigen Genuß zu finden vermögen oder Vertäubung in ihren jammervollen Leben suchen, müssen vom 1. Oktober an, an dem die Brantweinsteuer in Kraft tritt, etwa ein Drittel mehr für ein Glas Schnaps auf-

wenden, die Preise werden sich um etwa 35—40 Prozent erhöhen. Sie soll 80 Millionen aufbringen. Damit mit einer Flucht vom Dämon Alkohol zum klaren Kaffee oder Tee keine „Steuerhinterziehung“ begangen werden kann, wird auch das Pfund Tee vom 1. August an 10 Pfg. mehr kosten und der Kaffeepreis um 15—20 Pfg. für das Pfund in die Höhe gehen.

Die Erhöhung des Teezolles um 75 Pfg. für das Kilo und des Kaffeezolles von 40 auf 60 für ungebrannten und auf 85 Pfg. für das Kilo gebrannten Kaffee trat nämlich auch am 1. August in Wirksamkeit. Die Streichhölzer haben zwar noch eine Gnadenfrist bis zum 1. Oktober, aber damit nicht etwa das nationale Feuer durch ausländische Zündwaren entfaßt werden kann, trat am 1. August der Zoll auf Zündwaren in Kraft. Die Streichholzfabrikanten haben dann keine ausländische Konkurrenz mehr zu fürchten und die Preise werden von jetzt an schon wesentlich erhöht.

Am 15. August wird dann noch die neue Tabaksteuer in Kraft treten. Bisher wurde vom Tabak allgemein eine Steuer von 45 Mk. für den Doppelzentner und vom ausländischen Tabak noch ein Zollzuschlag von 40 Mk. erhoben, so daß der eingeführte Tabak — der ja im wesentlichen Betrachts kommt — mit 85 Mk. für den Doppelzentner belastet war. Für den Inlandstabak wurde nun die Steuer von 45 auf 57 Mk. erhöht, während vom eingeführten Tabak und den importierten Zigarren zu dem jetzigen Zoll noch ein Wertzuschlag von 40 Prozent erhoben wird. Der Wert wird durch Sachverständige festgestellt, durch hohe Strafen — Geldstrafen bis zu 100 000 Mk. und Gefängnis bis zwei Jahre — soll der Betrug verhindert werden; außerdem hat die Regierung das Recht, den Tabak zu dem vom Händler angegebenen Wert mit einem Zuschlag von 5 Prozent anzukaufen, wenn eine Einigung über die Wertfestsetzung nicht erzielt werden kann. Die Preiserhöhungen werden sich also progressiv nach der Qualität gestalten, weil die neue Belastung sich nach dem Werte richtet. Die billigeren Sorten Tabake und Zigarren werden etwa um 20 Prozent teurer. Eine 5-Pfg.-Zigarre wird daher in Zukunft 6, eine 7-Pfg.-Zigarre aber 9 Pfg. kosten usw. Eine Import, die jetzt zu 1 Mk. verkauft wird, kostet 1.40 Mk. Wer solche Zigarren raucht, kann das bezahlen. Aber diese Importen bringen nicht viel ein — die Masse muß es bringen, und das sind die billigeren Zigarren, die die Armeren rauchen. Diese sind es, die auch mit der neuen Tabaksteuer am härtesten getroffen werden. Und zu den neuen Lasten werden auch infolge der Tabaksteuer größere Arbeiterentlassungen zu verzeichnen sein, die neues Elend über Tausende von Arbeitern und eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes bringen. Eine große Berliner Firma hat bereits etwa 130 Heimarbeiter gekündigt und man rechnet auch in Unternehmungskreisen damit, daß mindestens 20 000 Tabakarbeiter brotlos werden. Was können da die 4 Millionen viel helfen, die der Reichstag zur „Unterstützung“ — nicht zur Entschädigung! — der infolge der Steuer arbeitslos werdenden Tabakarbeiter bewilligt hat. Es kommen dann auf jeden 200 Mk. Und es steht doch noch gar nicht fest, ob die Zahl der Arbeitslosen nicht viel größer sein wird. Als England seine Tabaksteuer erhöhte, hatte es einen Ausfall von einer Million Pfund Tabak im Jahre. Und so wird es in Deutschland auch kommen.

Hoffen wir, daß diese neuen Steuern mit ihren schlimmen Folgen wenigstens auch eine gute Wirkung haben werden: daß sie nun auch die Gleichgültigsten aus dem Schlafe rütteln und ihnen die Augen aufmachen. Wenn jetzt das Volk noch nicht zur Einsicht kommen sollte, daß es höchste Zeit ist, mit dieser Politik ein Ende zu machen, wäre ihm nicht zu helfen. Aber wir sind überzeugt, daß auch nach dieser Richtung der Zeitpunkt vom 1. Aug. 1909 ab den Unaufgeklärtesten zur Vernunft bringen wird. Und diesmal wird eine große Rechnung präsentiert! — — — Nach dem „alten Freve“ des Zolltarifs die „neue Unbill“ der Finanzreform!

Heute würde Weber singen:

Neue Steuern, neue Güllen
Von dem Brote und Getränke;
Mit den Armen kein Erbarmen,
Schonend reicher Junker Schränke!
Immer Zehnten, neue Zehnten
Immer zahlen muß der Arme.
Seht den Räuber eurer Habe,
Auf zur Wehr, den Fuchs zu prellen!
Prellt ihn rasch, bevor er weiter
Euch mit Steuern prellt und Böllen!

Samuel Gompers

Der Präsident der amerikanischen Gewerkschaften, weilte auf seiner Studienreise durch Europa auch einige Tage in Berlin. Die Generalkommission und die Berliner Gewerkschaftskommission hatten dem Gast zu Ehren eine Begrüßungsfeier veranstaltet, die in harmonischer Weise verlief. Der Gesangverein Typographia und Marg. Walkotte leisteten ihr Bestes. Auch der Ernst des Tages kam durch die verschiedenen Begrüßungsansprachen zur Geltung. Besonderen Wiederhall fanden die Ausführungen des schwe-

bischen Genossen Branting, der einen Appell an die Solidarität der Arbeiterschaft aller Länder richtete zur Unterstützung des am 4. August ausbrechenden Generalstreiks in Schweden. Mit flammenden Worten schilderte Branting die Ursachen, welche die Anwendung unseres schärfsten Kampfmittels erheischten und fand die begeistertste Zustimmung der Anwesenden. (Das gut organisierte Unternehmertum Schwedens sucht durch nacheinander erfolgende Aussperrungen ganzer Berufe, die Organisationen derselben lahmzulegen, den Generalaussperrungen der Unternehmer wird der Generalstreik der schwedischen Arbeiterschaft entgegengestellt werden. D.B.)

Am Sonnabend nahm eine überfüllte öffentliche Versammlung die Grüße der amerikanischen Gewerkschaftler aus dem Munde ihres hervorragendsten Führers entgegen. Leider mußte sich die Versammlung mit einer Uebersetzung der in englischer Sprache gehaltenen temperamentvollen Rede Gompers begnügen. Die fließende Wiedergabe durch den Uebersetzer, Genossen Raumeister vom Verband der Gastwirtsgehilfen, entschädigte die Hörer allerdings einigermaßen. Nachdem Gompers den deutschen Gewerkschaften Anerkennung und Glückwünsche zu ihren bisherigen Erfolgen dargebracht, schilderte er die amerikanischen Gewerkschaftserfolge, sie zurückführend auf die „nurgewerkschaftliche“ Taktik, die gänzliche Unabhängigkeit von politischen Parteien. Ohne jegliche gesetzliche Hilfe sei in mehreren Berufen, wie bei den Buchdruckern, den Tabakarbeitern, den Bauarbeitern, zum größten Teil auch bei den Bergarbeitern der Achtstundentag durchgeführt. Das Hauptaugenmerk sei bei den Amerikanern überhaupt auf die Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet. Daneben sind Lohnerhöhungen bis zu 33 Prozent erzielt worden. Die Stärke der amerikanischen Gewerkschaften habe sich am deutlichsten gelegentlich der letzten Börsenpanik gezeigt. Das bloße Vorhandensein der Gewerkschaften habe Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit wenigen Ausnahmen verhindert. Der Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern sei auch den Amerikanern bekannt, auch ihre Taktik sei nicht nur auf Augenblickserfolge gerichtet. Wo das Grundrecht der Arbeiterschaft, das Koalitionsrecht, in Gefahr stünde, müsse alles zur Verteidigung desselben aufgegeben werden, weshalb er im Namen der amerikanischen Arbeiterschaft den schwedischen Arbeitsbrüdern die vollste Sympathie und Solidarität entgegenbringe. (Stürmischer Beifall.) Das gleiche erwarte er von allen Ländern. Wenn die Amerikaner der Internationale bis jetzt nicht angeschlossen seien, so liege das an der von den andern Ländern verschiedenartigen Entwicklung der amerikanischen Verhältnisse. Auf dem nächsten Internationalen Kongress werde auch der Anschluß Amerikas vollzogen werden. (Lebhafter Beifall.)

Die darauffolgende Diskussion gab Gompers Veranlassung, sich zur Einwanderungsfrage zu äußern, wobei er mit Bezug auf die vorgebrachten Klagen über schlechte Behandlung der Auswanderer erklärte, daß in ihrer Heimat organisiert gewesene Arbeiter gern gefundene Gäste und Mitbürger seien. Der Ueberflutung Amerikas mit Chinesen, Japanern, Negern und andern indifferenten Arbeitskräften müsse jedoch im Interesse der Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Errungenschaften ein Damm entgegen gesetzt werden.

Genosse Legien erklärte diesen uns fremden Standpunkt damit, daß die Amerikaner nicht wie wir in der Lage seien, den Organisationsgedanken in die sie gefährdenden Volkskreise zu tragen, bevor sie den amerikanischen Boden betreten.

Auf eine Anfrage aus der Versammlung, welche politische Stellung Gompers einnehme und weshalb er sich bei den Wahlen nicht für die sozialdemokratische Partei erkläre, lehnt Gompers die Beantwortung ab, weil zum Verständnis derselben die Kenntnis der amerikanischen Verhältnisse notwendig sei, welche jedoch dem Fragesteller und der Versammlung ermangele.

Genosse Körflin schloß darauf die imposante Versammlung mit dem Hinweis, daß die Zusammenkunft nicht dem Austrag taktischer und prinzipieller Fragen gewidmet gewesen sei, sondern lediglich dem Austausch beiderseitiger Grüße und dem Ausdruck der freundschaftlichen Gefühle des Proletariats beider Länder.

Die Entwicklung der schwedischen Steinindustrie.

Schweden ist sehr reich an natürlichem Gestein. Meist kommt allerdings nur Hartgestein in Frage. Die Brüche sind nahe an den Meeresküsten angelegt; einen weiten Bahntransport könnten auch die schwedischen Gesteine aus Gründen der Konkurrenz nicht ertragen. Die Industrie hat sich allerdings sehr gut entwickelt, wie nachfolgende Ziffern erscheinen lassen. Es waren vorhanden:

Jahr	Betriebe mit 4 Arbeitern	Betriebe mit 5 Arbeitern
1865	4	998
1875	16	1355
1885	26	6379
1895	124	12346
1905	299	11985
1906	300	

Wenn aber die deutschen Granitindustriellen bei jeder Gelegenheit über die schwedische Konkurrenz schreiben, so möchten wir doch bemerken, daß darin eine fürchterliche Uebertreibung liegt. Warum wohl? Im Königreich Sachsen sind in der Steinindustrie allein gegen 28 000 Personen beschäftigt; also die sächsische Steinindustrie beschäftigt um 16 000 Arbeiter mehr, wie die schwedische. Auf der Leipziger Bauartikel-Ausstellung haben wir es leider sehen müssen, daß die ausgestellten deutschen Pflastersteine recht miserabel bearbeitet waren. Damit wollen wir den Ruf der deutschen Granitindustrie nicht herabsetzen, aber jeder Fachmann muß zugeben, daß die schwedischen Steine nur wegen ihrer Güte und ihrer exakten Bearbeitung von den Seefahrern gern genommen werden. Die Steinindustrie Schwedens scheint übrigens ihren Höhepunkt erreicht zu haben.

Der Hauptstich der schwedischen Steinindustrie befindet sich in der Provinz Bohuslän. Dort wird der sogenannte Lysekils- und Malmögranit gewonnen. In dieser Provinz haben die Steinarbeiter im Jahre 1905 einen erfolgreichen Kampf durchgeführt. Interessant ist, daß der schwedische Steinmehrer recht wenig mit dem Beiz- und Schlageisen arbeitet. Der deutsche Steinmehrer säumt sein Werkstück mit dem sogenannten

Schlag ein, der schwedische dagegen macht die Umsäumung mit dem Spizeisen und die weitere Glättung wird mit dem Keiffelhammer, der dem Stockhammer ähnlich sieht, vorgenommen. Dann wird die Fläche „strichweise“ abgeplättet, mit dem Krönel das größere weggearbeitet und dann kommen die gröberen und feineren Keiffelhämmer an die Reihe. Die bearbeiteten Flächen sehen dann aus, als wären sie schariert. Da der schwedische Granit sehr gut spaltet, so können große Blöcke ohne weiteres mit dem Schröter weggehauen werden. Für den Steinmehrer ist diese Methode sehr vorteilhaft, er braucht sich nicht so stark anzustrengen, als wenn alles mit den Spizeisen weggejagt werden soll.

Die schwedischen Steinbrüche sind maschinell meist ganz gut eingerichtet, die Einführung der Pflastersteinschlagmaschinen ist eine skandinavische Erfindung. — Unser Bruderverband betreibt unter den Steinarbeitern eine rege Agitation, 6000 Kollegen sind beispielsweise schon organisiert.

Konzentration.

Nachfolgend bringen wir eine kleine Auswahl von Kartell-, Syndikats- und Vereinigungsgründungen, Verschmelzungen und Verlängerungen von Produzentenorganisationen der verschiedensten Art. Die Zusammenstellung macht natürlich nicht Anspruch auf Vollständigkeit. Berücksichtigt sind nur die allerletzten Monate.

Das Deutsche Walzdrahtsyndikat schloß einen Schutzvertrag mit der Splintdrahtfabrikanten-Vereinigung.

In der Wellrohrbranche machte sich eine deutliche und scharfe Preiserhöhung bemerkbar. Die einfache Ursache dieses Vorgangs ist die Gründung eines Wellrohrverbandes.

Die Preise für Kupferbleche stiegen ebenfalls. Der Kupferblechverband ordnete die Preiserhöhung an.

Das Tuben- und Spritzlorensyndikat wird sich mit Jahreslohn auslösen. Das Syndikat hat die Preise in den letzten Jahren recht gut gehalten, es sind aber immer neue Fabriken gegründet worden, die als Außensteiter dem Syndikat bei den hohen Preisen Konkurrenz machen können. Jetzt wird man das Syndikat auflösen, in der ausgesprochenen Absicht, durch den offenen Preiskampf eine Anzahl kleinere Fabriken zu vernichten und dann die Preise wieder hochzutreiben.

Die deutsche Lokomotivkonvention wurde nach einigermaßen schwierigen Verhandlungen auf vorläufig drei Jahre verlängert. Die oberflächlichen Ziegelsteinsyndikats gründeten kürzlich ein oberflächliches Ziegelsteinsyndikat.

In Staßfurt wurde ein Verkaufsverein mitteldeutscher Kalkmergelwerke als G. m. b. H. gegründet. An den Preisen sollen es die Abnehmer auch schon gemerkt haben.

Da der alte Färberring aufgelöst worden ist, sind die sächsisch-thüringischen Färbereien daran gegangen, eine neue Färbekonzentration zu bilden.

Die Berliner Baumwollgroßisten haben sich ebenfalls zusammengeschlossen und einen Verein für die Interessen der Baumwollwarenhändler gegründet.

Die Tapetenfabriken, die sich vor nicht langer Zeit noch erbittert mit der Tapetenindustrie-Aktiengesellschaft in den Haaren lagen, sind ebenfalls wieder einig geworden; man ist brüderlich bei der Arbeit, durch eine Preiskonvention die gegenwärtig geschlagenen Wunden wieder zu heilen. Die Kosten zahlen die Konsumenten.

In der Papierindustrie hat sich ein Verband der Falzschachtelhersteller gebildet; er ist ein Glied in der Organisation des Verbandes der Unternehmer im deutschen Steinindustriegebiet.

Kalisyndikat. Die Verhandlungen im Kalisyndikat haben zu einer Verständigung geführt.

Da das Deutsche Unfall- und Haftpflichtsyndikat in absehbarer Zeit zu Ende geht, wird jetzt schon fleißig an der Erneuerung gearbeitet.

Dies sind einige der Industrie- und Handelskonzentrationen der letzten Monate. Die Arbeiter müssen gründlich arbeiten, um da gleichen Schritt zu halten.

Aus dem Lithographiesteingegebiet.

Prügel oder Geld, wie es beliebt.

Ueber die vielen christlichen Streikbrecher in Solnhofen sind die schwarzen Führer geradezu konsterniert. Die „Gewerkschaftsstimme“ Nr. 29 schrieb ja über diese nützlichen Elemente:

In ihrer — Dummheit haben diese Kollegen den reduzierten Lohn tarif einzeln unterschrieben, und am letzten Zahlungstag mußten sie mit 4—6 Mk. weniger Wochenlohn nach Hause wandern. Doch für solche Leute ist auch dieser Lohn noch zu gut.

Um solche Elemente zur Vernunft zu bringen, wäre es am besten, wenn sie jeden Tag nach Arbeitslohn statt Lohn 25 auf einen edlen Körpertheil aufgezählt bekämen.

Zunächst wurden den Arbeitswilligen ganz gehörige Prügel von den schwarzen Führern angeboten. Diese Rohheit haben wir im „Steinarbeiter“ Nr. 31 auch dementsprechend geheielt. Auch die Arbeiterpresse hat die Methode Tre m e l, D s w a l d und G e i s s scharf verurteilt.

Da nun die Androhung der Prügel nicht in befriedigendem Sinne auf die Arbeitswilligen gewirkt hat, so soll die klingende Münze helfen. Tremmel hat soeben ein schwulstiges Flugblatt herausgegeben, in welchem es unter anderem heißt:

Kollegen! (Streikbrecher! Die Red. des „Steinarbeiter“.) Wenn Ihr gewillt seid, Euch den Reihem der kämpfenden Kollegen anzuschließen, dann garantieren wir Euch die Streikunterstützung wie den andern Kollegen. — Ihr braucht weiter nichts zu tun, als Euch bei den Vorständen der Zahlstellen zu melden.

Die christliche Führung ist im Solnhofener Kampf ganz konfus verfahren. Zuerst wird unsern Mitglieder in der frechsten Weise Streikbruch vorgeworfen, diesen Schurkenstreich haben wir gründlich widerlegt. — Nun geben sich aber echte Christen selbst zu Streikbrechern her. Was tun die Führer? Man empfiehlt durch die „Gewerkschaftsstimme“ Prügel, damit Aufklärungsarbeit geleistet werden soll. Doch die Solnhofener Christen verstehen diesen Wink nicht. Jetzt heißt es auf einmal wieder Kollegen, welche mit Geld, zum Klassenbewußtsein gebracht werden sollen.

In R i r e n t h u m b a c h (Bayern) sprach kürzlich in einer Versammlung der christliche Bezirksleiter Z i r n g i b l. Auch die Solnhofener Aussperrung wurde besprochen. Eine scharfe Resolution ließ nun Zirngibl annehmen, in welcher das „miserable Verhalten der Roten gebührend gekennzeichnet wird“. Immer wird die alte Mär aufgewärmt; was geniert es einen Zirngibl, wenn er die Unwahrheit sagt? Daß unter den Christen viele Streikbrecher vorhanden sind, braucht das Sekretärchen natürlich nicht zu wissen. — Die Schwarzen dachten, wir lassen uns in Solnhofen abschlagen wie die Lämmer. Da irren sich die Herren.

Bodenlose Gemeinheit der Schwarzen.

Der Solnhofener Kampf scheint den christlichen Führern vollends das Bewußtsein geraubt zu haben. Die „Gewerkschaftsstimme“ (Nr. 30) bringt unter der Aufschrift: „Bodenlose

Gemeinheit der Roten“ einen direkt verlogenen Bericht. Das Blatt läßt seinen Lesern folgendes vor:

Bekanntlich sind viele unserer Kollegen abgereist und haben anderweitig Arbeit genommen. Unter andern auch ein Teil in Fahr. Unsere Kollegen mußten aber schon am ersten Tag die wahre Interessenerrettung der dortigen Genossen empfinden. Diese legten nämlich sofort, als unsere Kollegen zu arbeiten begonnen hatten, die Arbeit nieder, um die Entlassung unserer Kollegen zu erzwingen. Zufällig wurden sie von der Firma L e s e r noch am gleichen Tage entlassen.

Ganz sicher wird durch diese Verächtlichung erreicht, daß die Gewerkschaftschriften wieder mit den bekannten Protestresolutionen ammarschieren werden. Aber wir sind sofort in der Lage, nachzuweisen, daß die „Gewerkschaftsstimme“ recht frech verleumdet hat.

Unsere Zahlstellenverwaltung aus Fahr schreibt nämlich der Redaktion:

Auf die Karte vom 30. Juli 09 erwidern wir, daß der Artikel der „Gewerkschaftsstimme“ völlig der Unwahrheit entspricht. Auf unsere Recherchen hat sich folgendes ergeben: Bei L e s e r, hier, wurden allerdings Steinbrüche eingestellt aus genanntem Gebiet, sie wurden aber nicht entlassen, weil sie christlich organisiert sind, sondern nur deshalb, weil sie keine Sandstein-, sondern Hartsteinarbeiter waren. Die Kollegen konnten eben mit der Bearbeitung des Fahrers Sandsteins nicht umgehen. Betont sei, daß bei L e s e r oder in den übrigen Steinbrüchen kein einziger organisiert ist. Ferner ist unwahr, daß die Christlichen in Fahr „hinausgestreift“ wurden. Es ist uns unerfindlich, wie das schwarze Blatt solche Lügen aufzählen kann.

Bei L e s e r in Fahr und in den übrigen Steinbrüchen haben wir nicht ein einziges Mitglied, aber das schwarze Blatt läßt eben wie gedruckt.

Es müssen ganz charakterlose, abgefeimte Kerle sein, die sich nicht scheuen, den gewerkschaftlichen Gegner in so nichtswürdiger Weise zu verleumden. Die Christlichen haben mit ihrem Verleumdungsfeldzug gegen uns jeden Anspruch auf Reputation verloren.

Gegenwärtige Situation in Striegau.

Am 28. Juli fand in Striegau im Sauerischen Saale eine Steinarbeiterversammlung statt, die äußerst zahlreich besucht war. Der Hauptzweck der Versammlung war, die gegenwärtige Situation zu beraten. Nachdem der Vorsitzende zunächst seiner Freude über den starken Besuch der Versammlung Ausdruck gegeben hatte, verlas er die Abrechnung vom 2. Quartal. Laut dieser Abrechnung hatten wir inkl. eines Kassenbestandes von 3425.52 Mark eine Gesamteinnahme von 7481.70 Mark, der eine Ausgabe von 6418.71 Mark gegenüberstand, so daß noch ein Kassenbestand vorhanden war von 1062.99 Mark.

Die örtliche Krankenkasse hatte eine Gesamteinnahme von 3146.43 Mark und eine Ausgabe von 1478.33 Mark, so daß noch ein Kassenbestand von 1668.10 Mark verblieb.

Die Gesamteinnahmen für den Streik betragen 121 774.29 Mark, die Gesamtausgaben 121 558.31 Mark; der verbleibende und an die Geschäftsleitung abzuführende Kassenbestand beträgt 215.98 Mark.

Nachdem die Abrechnung von der Versammlung genehmigt war, schilderte der Vorsitzende in eingehender Weise die Situation der Steinarbeiter von Striegau. In der sich an die Ausführungen anschließende Diskussion, an der sich zahlreiche Kollegen beteiligten, kamen die haarsträubendsten Uebergriffe der Unternehmer zur Sprache. Der ganze Raum dieser Nummer des „Steinarbeiter“ würde nicht ausreichen, wenn man alle diese Schikanen und Niederrüchigkeiten, die von den Unternehmern in ihren Versammlungen ausgeübt und gegen ihre Arbeiter angewendet werden, aufzählen wollte. Deshalb können nur einige — besonders charakteristische Fälle — hier wiedergegeben werden.

Bei dem Unternehmer R o h r arbeiteten zwei fleißige tüchttere Arbeiter, Vater und Sohn. Der Sohn legte zu Beginn des Streiks die Arbeit mit seinen Kameraden nieder; der Vater blieb wegen seines hohen Alters, er ist bald 70 Jahre und hat den größten Teil seines Lebens in harter Fron im Steinbruch zugebracht, im Bruche, um sich vor einem Ruhealt des Unternehmers zu schützen. Als nun der Streik beendet war, entließ Herr Rohr nicht den streikenden Sohn, sondern den Vater, der während der 15 Streikwochen für den Unternehmer ganz nützliche Arbeit verrichtete. Aber er war alt. Die Knochen des Jungen konnte man noch besser brauchen. Rache muß aber sein, und so mußte eben der Alte mit den verbrauchten Gliedern dran glauben. Aus Empörung über diesen Streich verließ natürlich auch der Sohn die Arbeit. In ganz hervorragender Weise zeichnete sich jedoch die Unternehmer Heidrich, Bartsch und der Polter des Herrn Lehmann im Berliner Bruch aus. Heidrich maßregelte eine Anzahl sehr tüchtige Arbeiter. Diese Kollegen hatten weiter kein Verbrechen begangen, als eifrige Mitglieder unseres Verbandes zu sein. Es ist selbstverständlich, daß diese Leute nicht verhungern können, sie müssen sich also wieder andre Arbeit suchen. In seiner blinden Wut verfolgte nun Herr Heidrich diese Leute und suchte sie immer wieder brotlos zu machen. So mußte im Laufe der Woche ein Kollege die Arbeit wieder einstellen, weil der Unternehmer, Herr Direktor Wandrey in Oberstrei, sich von Heidrich bestimmen ließ, den Mann wieder zu entlassen, nachdem er schon 14 Tage dort zur vollsten Zufriedenheit gearbeitet hatte.

Herr Bartsch aber sucht die Siegespalme zu erringen. Er eröffnete den Reigen mit dem Verbot, Zeitungen dürfen in seinen Betrieben nicht gelesen werden. Die Beiträge dürfen ebenfalls nicht einkassiert werden. Herr Bartsch ließ den Platzkassierer erst dann wieder im Betriebe weiterarbeiten, als er versprochen hatte, auf dem Grund und Boden des Herrn Bartsch nicht mehr einzukassieren. Jetzt steht der Platzkassierer auf der „Sandstraße“ wie ein Handwerksbursche. Besonders charakteristisch aber sind die Maßregelungen im Berliner Bruch des Herrn Lehmann. Wir haben schon einmal an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß der Polter dieses Betriebes öfters betrunken ist. Wir würden uns gar nicht mit den persönlichen Eigenschaften und Angelegenheiten dieses Herrn befassen, wenn er sich zu Hause in seinen vier Wänden oder wenigstens außerhalb des Betriebes betrinken würde. So aber kann er über das Wohl und Wehe von 50 bis 60 Arbeitern schalten und walten wie er will, da ja Herr Lehmann seinen Werkführern und Polieren sehr weiten Spielraum läßt. Nun wurden von diesem Herrn sechs Kollegen gemäßigert, und es ist einem auch bei dem größten Scharfsinn nicht möglich, einen vernünftigen Grund für diese Maßregel zu finden. Alle sechs sind solide, brave, ruhige Arbeiter, auch haben sie sich nicht hervorragend in der Organisation betätigt. Sie waren gute Mitglieder des Verbandes wie alle andern Kollegen in diesem Bruche ebenfalls. Nur eine Untugend hatten sie alle; sie liebten das Trinken nicht. Nun hat aber der Polter Leber die Kantine, an jedem flüssigen Bier verdient er zwei Pfennige. Vor dem Streik gab es auch noch Selter und Limonaden, das ist jetzt abgeschafft. Dafür kann sich jeder Arbeiter einen halben Liter Schnaps mitbringen. Man muß sich unwillkürlich fragen, ist etwa die Abstinenz dieser sechs Kollegen der Grund ihrer Maßregelung? — Wenn man sich nun weiter vorstellt, daß diese Leute, die doch auch nach bürgerlichen Moralbegriffen Musterarbeiter sind, bei keinem Unternehmer mehr Arbeit erhalten, weil sie ja auf der schwarzen Liste stehen, so kann man sich einen Begriff von dem Maß machen, der sich in den Herzen dieser Leute ansammelt. Und da sie auch Kinder haben, die durch diese unfinnige Maßregel schmerem Hunger preisgegeben sind, so trifft hier der Satz vollständig zu: „Wehe den Enkeln,

die einst diese Verbrechen zu entgelten haben.“ Außerdem liefert dieser Fall den traurigen Beweis, wohin es führt, wenn ein Unternehmer seine Werksführer und Poliere einfach schalten und walten läßt wie sie wollen.

Der Vorsitzende der Zahlstelle ging nun auf die neuen Bestimmungen der Bundesratsverordnung ein, und es muß gleich gesagt werden, daß, obwohl die Bestimmungen nun schon einen Monat in Kraft sind, von den Unternehmern noch nicht das geringste getan wurde, um dem Gesetze Geltung zu verschaffen. Als ein Unternehmer, ein typischer Vertreter der Striegauer Granitunternehmer, von einem Kollegen auf die neuen Bestimmungen aufmerksam gemacht wurde, antwortete dieser: „Ach was, ich... Bundesratsverordnung, das machen wir, wie wir wollen.“ Man sieht daraus, was diese Unternehmer von Gesetzen halten.

Wenn aber steigt beim Lesen dieser Zustände nicht unwillkürlich die Frage auf: Liegt denn Striegau auch noch in Deutschland? Ist es möglich, daß in einem Rechtsstaat so haarsträubende Zustände bestehen können, wie diese hier geschilderten? In Preußen ist eben vieles, und in Striegau noch viel mehr möglich, das werden wir noch sehen. Die Versammlung beschloß, nun noch gegen diejenigen Unternehmer, die ihre Arbeiter besonders brutal behandeln, geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen. Zunächst sind drei solcher Betriebe vorgesehen. Vor allem aber ersuchen die Striegauer Steinarbeiter um Fernhaltung von Zugang. Ein großer Teil der hiesigen Kollegen kann in den Brüchen keine Arbeit mehr finden, und sie sind gezwungen, bei der gerade hier stattfindenden Kanalisation zu arbeiten. Der Lohn beträgt hier 28-30 Pfg. die Stunde. Aber auch in den Steinbrüchen bieten die Unternehmer den Kollegen jetzt Stundenlöhne von 28, 30 bis 35 Pfg. an. Ständig hört man von den Herren Politikern die Antwort: Wärt Ihr doch geblieben, wo Ihr wart, wir haben Euch nicht geholt.“ Oder Herr Heibrich sagt: „Geht doch nach Leipzig und laßt Euch dort Arbeit geben.“ Außerdem drohen die Herren, im Winter die Arbeiter hinauszuschmeißen und nur jetzt noch im Herbst die bis dahin Arbeit fertig machen zu lassen. Nun, wir wissen, daß auch die Bäume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen. Außerhalb von Striegau gibt es auch noch Menschen und auch Arbeit.

Erwiderung eines Steinmetztechnikers.

Zu dem Artikel „Nach zehn Jahren“ in Nr. 31 bemerkt ein Techniker: „Beim Lesen des darin enthaltenen Absatzes, „Eine geradezu jammervolle Rolle spielten die „Herren“ Techniker usw.“, fragt man sich unwillkürlich: Warum solche Gehässigkeit dem ganzen Technikerstande gegenüber? Techniker, welche sozialdemokratische Gesinnung besitzen, und noch mehr die, welche noch unparteiisch zwischen Arbeiter und Kapital stehen und auf dem besten Wege sind, Sozialist zu werden, die werden sich damit getroffen und beleidigt fühlen. Es würde in dem Artikel schon genügt haben, hinzuweisen auf die traurige Rolle, welche zu jener Zeit verschiedene Steinmetztechniker in dem Falle spielten. (Das ist in dem Artikel ja gesehen. Redaktion.) Die Anschauung der Techniker ist heute in diesem Punkte vielfach eine andere, als vor zehn Jahren. Freilich, so wie es auch heute unter den Steinmetzen Streikbrecher gibt, ebenso würden sich jetzt noch einige Techniker finden, welche sich in die unsaubere Arbeit teilen würden; der eine Teil dieser Techniker aus Dummheit, der andere aus Furcht vor Protokollwerden. Solchen Technikern, wie auch noch so manchem Arbeiter tut das eine fürchtbar not: die Aufklärung! Diese unter dem Kapitalismus leidenden, aber dem Sozialismus absetzenden Menschen sind nur durch Aufklärung zu Freunden zu machen. Aber durch Aufklärung, die nicht nur unermüdet, sondern in der Hauptsache sachlich und wohlwollend betrieben werden muß, denen gegenüber, die man zu Mitkämpfern sich erwünscht. Die Klust zwischen Hand- und Kopfarbeiter, die auf sozialem Gebiete nicht besteht, sollte auch aus der Phantasie schwinden. Diese Klust besteht oftmals nur für das Auge, in der Realität. Zu was also diese Nichtigkeit in verwerflicher Weise bei den Haaren herbeiziehen. Erwähnt zu werden verdient die Tatsache, aber in anderer Form.“ (Folgt Unterschrift.)

In Nr. 31 exemplifizierten wir nur auf die Streikbrecher aus Technikerkreisen, welche uns beim Streik 1899 so schmähtlich in den Rücken fielen. Diese Tatsache verurteilt auch der Herr Einsender, und das freut uns. Den ganzen Technikerstand als Streikbrechergarde hinzustellen, fiel uns nicht im geringsten ein, dazu hatten wir keine Veranlassung. Der Einsender liest aus dem genannten Artikel etwas heraus, was darin gar nicht enthalten ist. Auch wir sind der Meinung, daß die Techniker nur durch unermüdete Aufklärungsarbeit dem Sozialismus zugeführt werden können. Daß die Techniker nicht mehr bedingungslos dem Kapitalismus unterworfen sind, zeigen teilweise schon ihre umfangreichen Berufsorganisationen. Und wie das Unternehmertum die Techniker im allgemeinen brutalisieren will, hat ja das Vorgehen der bayrischen Metallindustriellen im Vorjahr zur Genüge bewiesen. Auch der Hansabund kann ein harmonisches Verhältnis zwischen Fabrikantentum und dem Technikerstand nicht mehr herstellen.

Wir konstatieren also, der Einsender hat gegen die Tendenz des Artikels in Nr. 31 nichts einzuwenden, nur die Form gefällt ihm nicht. Doch darüber wollen wir eine Polemik nicht weiterpinnen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Bekanntlich ist die Arbeiterbarade der Firma Adermann am 21. Juli in Neusorg (Oberpfalz) niedergebrannt. Etwa 27 brave Steinarbeiterfamilien sind durch dieses Unglück um ihr wenigstes Hab und Gut gekommen. Wir ersuchen nun, daß in den Zahlstellen Beträge für die von dem Brandunglück betroffenen Kollegen und deren Familien bewilligt werden möchten. Aber schnelle Hilfe tut dringendst not. Die Gelder sind an den Hauptkassierer Eulwig Geist, Leipzig, Zeitzer Str. 32, IV., zu richten. Auf dem Postabschnitt ist zu vermerken, daß die Gelder für die Abgebrannten in Neusorg bestimmt sind. Wir erwarten, daß die Verwaltungen der Zahlstellen zu unserer Anregung unverzüglich Stellung nehmen.

Korrespondenzen

Bremen. 25jähriges Jubiläum. Die hiesigen Steinarbeiter begingen am 10. Juli ihr Organisationsjubiläum. Nach einigen gut gelungenen Konzerten intonierte der Gesangsverein „Apollonia“ mit feurigem Temperament für den Tag recht stimmungsvolle Lieder. Kollege Biemig, als meisterhafter Redner bekannt, führte in der Festrede etwa folgendes aus: Mit dem heutigen Fest der Bremer Kollegen, das zugleich mit dem des Gesamtverbandes zusammenfällt, können wir nicht umhin, einen Rückblick über die ganze Organisationsstätigkeit zu geben. Die Arbeiterfeste haben einen überaus ernsten Charakter und deshalb muß der Arbeiter stets eingedenk sein, daß nur durch unermüdeten und ununterbrochenen Kampf der Sieg errungen werden kann. Biemig nannte nun alle Kongresse und Verbandstage, die er kurz skizzierte. Daß Redner recht innig mit der Organisation verwaschen, zeigten die einzelnen Schilderungen, die sich bis in die 60er Jahre erstreckten. Scharfe Worte fand Redner bei der Kritik über das Sozialistengesetz, wo viele unserer braven Kollegen von einem Ort zum andern wie ein Bild gehetzt

wurden. Wenn die Bourgeoisie glaubte, die Arbeiterbewegung mit einem Schlage von der Bildfläche wegzufegen, dann hat sie sich gewaltig geirrt; geirrt deshalb, da der Arbeiter sich den Organisationsgedanken zum Ideal gemacht hatte. Es liegt deshalb die Bedeutung dieses Festes nicht darin, daß man für einige Stunden vergißt, was in der täglichen kapitalistischen Fron so unendlich schwer die Arbeiter bedrückt, sondern daß man sich dabei erinnert, daß es schöner und besser werden kann auf der Welt. Nur dort, wo die Arbeiter einig und zugleich stark genug sind, können Verbesserungen geschaffen und mehr und mehr von der kapitalistischen Interessenspolitik befreit werden. Durch gut gewählte Worte wurden auch die Frauen angefordert, da sie es sind, die mit dem wenigen Haushaltsgeld wirtschaften müssen, auch ihre Männer im Kampfe zu unterstützen. Die Festrede wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Dem Kollegen Tony Benl sei an dieser Stelle für sein Gedicht bestens gedankt. Das Komitee hatte recht schöne Preise gewählt, was bei dem Verkauf der Lose sichtlich zu merken war. Ein Ball beendete das gut verlaufene Fest.

Ebenstetten. Am 25. Juli tagte in Egg eine demonstrativ besuchte Steinarbeiterversammlung für die Zahlstellen Metten und Ebenstetten! Gauleiter Wittenmeier verlas einige Schreiben des Verbands der Granitindustriellen in Bayern, aus welchen hervorging, daß man nun Herrn Schönmann mit allen Mitteln unterstützen, und die Arbeiter dieses Betriebs unter die Fuchtel fraglicher Arbeitsordnung zwingen wolle. Den anknüpfenden Worten des Gauleiters folgte nun eine rege Diskussion. Alle Redner verurteilten scharf das Verhalten des Herrn Schönmann und bedauerten recht lebhaft die plötzliche Wendung des Unternehmerversbands, welcher uns einseitig mit weiteren Maßnahmen drohte, falls der Kampf nicht beendet werde. Welch ein Ton nach den friedliebenden Worten in Matting und Metten!!! Wie es scheint, will man die Solidarität der Arbeiter von Metten und Ebenstetten auf eine weitere harte Probe stellen, und hat der Erfahrungen noch nicht genug. Die Granitarbeiter werden auch diesen harten Schlag zu parieren wissen, wollen aber nicht Kampf auf alle Fälle; sie werden durch die einstimmig gefaßten Beschlüsse noch einen Weg zum Frieden zeigen. An Herrn Schönmann und dem Verband der Granitindustriellen wird es nun liegen, ihre süßen Worte in die Tat umzusetzen. Die Stellung der Unternehmer und die dringende Notwendigkeit einer engeren Fühlung beider Orte führte auch zu dem einstimmigen Beschluß, beide Zahlstellen zu verschmelzen

Beschäftigung erwachsener Arbeiter in Steinbrüchen.

Der § 9 der neuen Bundesratsverordnung lautet:

In Steinbrüchen dürfen Arbeiter, die bei der Steingewinnung (dem Brechen, dem Unterschrämen, dem Hohlmachen, dem Herstellen und Besetzen von Bohrlöchern, dem Sprengen und dergleichen), wenn auch nur während eines Teiles des Tages, verwendet werden, nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden.

In Steinbrüchen und Steinhauereien dürfen Arbeiter, die bei dem Boffieren oder der weiteren Bearbeitung von Sandstein, wenn auch nur während eines Teiles des Tages, verwendet werden, nicht länger als neun Stunden täglich beschäftigt werden.

Ausnahmen von den vorstehenden Bestimmungen können von der unteren Verwaltungsbehörde zugelassen werden für Arbeiten, welche in Notfällen oder im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen. Die Erlaubnis darf nicht für mehr als zwei Stunden täglich und höchstens auf die Dauer von vierzehn Tagen erteilt werden.

und die ganze Arbeiterschaft der Umgebung zu dieser heranzuziehen. Mügen die gemachten Vorarbeiten dazu dienen, den Beschluß zu verwirklichen und dieser überall Nachahmung finden. Gerügt wurde noch, daß einzelne Firmen die Bestimmungen des Tarifs zu ihren Gunsten wie Kaufschul ziehen und dehnen, die selbstverständlichen Punkte umgehen und die Arbeiter schädigen zu wollen. Befinnen sich die Herren keines besseren, so dürfte das Schiedsgericht bei der jetzigen angestrengten Zeit eine umfassende Tätigkeit erhalten. — Die Worte des Gauleiters, unsere abgebrannten Kollegen von Neusorg zu unterstützen, fanden ungeteilten Beifall. — Mit einem kräftigen Hoch auf den Steinarbeiterverband fand die aufregende Versammlung ihr Ende.

Wahr (Baden). Die am 12. Juli hier stattgefundenen Versammlung der Steinarbeiter nahm einen guten Verlauf. Im 1. Punkt referierte Arbeiterssekretär Geiler aus Straburg über: Die Gewerbebehörde und ihre Aufgaben. Die Grundfrage hierzu bildete ein am 1. Juli d. J. vom hiesigen Gewerbeamt gefälltes Urteil. Genosse Geiler entledigte sich seiner Aufgabe sehr vorzüglich. Er ging zunächst auf die Bedeutung der Gewerbebehörde im allgemeinen ein, dann besprach er das erwähnte Urteil, aus welchem ersichtlich sei, daß dasselbe völlig verkehrt sei. Interessant dabei ist, daß ein Zeuge als glaubhaft bezeichnet wurde, welcher am 1. Juli erklärte, er könne die am 28. Juni gemachten Aussagen nicht auf den Eid nehmen, da er sich nunmehr nicht mehr an die Sache erinnern kann. Die von den Klägern angerufenen vier Zeugen, deren Aussagen Wort auf Wort übereinstimmten, wurden als Interessenten bezeichnet. So stützt sich das ganze Urteil auf angenommene Wahrscheinlichkeiten. Im 2. Punkt erstattete Genosse Knödler Bericht über die gegen die Firma Götz-Dinglingen vorgemachten Beschwerden. Der Kollege Tomassell der Firma Götz habe vor dem Gewerbeamt wörtlich gesagt, bei ihnen müsse 11 Stunden gearbeitet werden. In einem Schreiben der Generaldirektion vom 7. Juli d. J. heiße es wörtlich: „Die Steinhauer hätten gebeten, 11 Stunden zu arbeiten.“ Tomassell ist glaubwürdig vor dem Wahrer Gewerbeamt. Redner führte aus, wenn er zu verfügen hätte, würden der Unternehmer, Bauführer, Polier und die dort beschäftigten Arbeiter wegen Ueberschreitung der Bundesratsverordnung eine Straferfüllung erhalten. Die Granitsteine lasse Herr Götz in Bühl fertigstellen. Wo bleibt das Versprechen der Generaldirektion? Daß die hiesigen Steinhauer gemäßigter werden sollen, gehe z. B. daraus hervor, daß einige Steinhauer bei Herrn Leser hier als Steinbrecher um Arbeit anfragten, jedoch nicht eingestellt wurden. Herr Leser hat die Steinlieferung für den Bahnbau Dinglingen. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heutige Versammlung protestiert energisch gegen das Vorgehen am Dinglinger Bahnbau. Sie erwartet von seiten

der Generaldirektion den vorgedachten Masseregungen von hiesigen Steinhauern gegenüber umgehend Abhilfe. Auch wird bedauert, daß drei schriftliche Beschwerden notwendig wurden.“

Reg. Unfre Mitgliederversammlung, welche am 25. Juli im Gewerkschaftshaus stattfand, hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Zuerst wurde das Protokoll vom Schriftführer verlesen und für gut befunden. Dann nahm man Stellung zu einem Artikel in der „Meyer Zeitung“. Dazu sei folgendes erläutert: „Zwei Kollegen von Platz Schmitt reichten Klage beim Gewerbeamt ein wegen Nichterhaltung des von Herrn Schmitt mitunterzeichneten Tarifs. Derselbe bezahlte den dort arbeitenden Kollegen willkürliche Löhne. Die Verhandlung am Gewerbeamt fand letzte Woche statt und wurde dieselbe vertagt, um den Klägern Gelegenheit zu geben, einen Sachverständigen in dieser Angelegenheit beibringen zu können. Ueber diese Verhandlung brachte nun die „Meyer Zeitung“ einen im Unternehmerrinne gehaltenen Artikel, in welchem dargelegt war, als ob die Leute nicht nötig gehabt hätten, den Klageweg zu beschreiten, da dieselben pro Tag 11 Mark verdient hätten, was ungefähr das doppelte vom Durchschnittslohn, welcher in Wirklichkeit verdient wird, ist. Die Bemerkung in dem Artikel, die Sache sei auf Vergebung zurückzuführen, weisen die Kollegen ganz energisch zurück. Die Löhne, welche bei genannter Firma verdient wurden, gaben die Kollegen in der Versammlung bekannt. Einstimmig wurde beschlossen, eine dementsprechende, sofortige Richtigstellung von seiten der „Meyer Zeitung“ zu verlangen.

Mauen. Am 17. Juli fand im Gewerkschaftshaus Schillergarten eine Steinarbeiterversammlung statt. Beim 1. Punkt berichtete der Kassierer über Einnahme und Ausgabe vom 2. Quartal. Es bleibt ein Reinkassenbestand von 363.96 Mark. Die Revisoren hatten Bücher und Kasse geprüft und in bester Ordnung befunden. Bemängelt wurde jedoch, daß die Beiträge teilweise in recht ungeordneter Weise eingehen, weshalb den Kollegen anheimgestellt wurde, recht pünktlich zu sein und dem Wunsche des Gesamtvorstandes nachzukommen. Im weiteren wurde die Einstellungsweise einzelner Geschäfte kritisiert, wozu die Kollegen berechtigtweise ein andres Verfahren wünschen. Bedauerlicherweise müssen wir gleich mit berichten, daß sich am 20. Juli ein recht trauriger Unfall zugetragen hat, dessen Opfer einer unserer besten Kollegen wurde: der frühere Kassierer Wilhelm Franz. Beim Hinanziehen einer 56 Zentner schweren Sandsteinplatte (an dem Realgymnasium), die mit Hilfe dreier Flaschenzüge in die Höhe gezogen wurde, war an einem Flaschenzuge ein defektes Glied in der Kette. Demzufolge wurde ein Reifen der Kette herbeigeführt. Die Platte sauste herunter, den nächstliegenden Träger umklappend. Von diesem Träger wurde unsern Kollegen der Hinterkopf eingeschlagen. Ein Entkommen war nicht möglich, da der Ort, an welchem das Unglück passierte, nicht frei war.

Seebach. Am 21. Juli fand hier eine ziemlich gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Wein d I - Kappelrodt hielt einen längeren, von den Kollegen mit großer Aufmerksamkeit angehörten Vortrag. Beim 2. Punkt wurde Karl Höll als Vorsitzender gewählt. Dann entwickelte sich eine lebhafte, sachliche Debatte wegen der Anfertigung der neuen grauen Steine. Es wurde die Lohnkommission beauftragt, Montags bei Herrn Thiele vorstellig zu werden. An dem hier bestehenden Tarif lassen wir nicht rütteln. Herr Thiele erklärte, mit den Arbeitern in gutem Einvernehmen zu bleiben, und bei vorkommenden Meinungsverschiedenheiten jederzeit bereit zu sein, mit uns die Sache in Güte zu erledigen. Aufgenommen wurden 2 Mitglieder.

Ströbel. Am 25. Juli fand im Sattlerschen Lokal unsere Versammlung statt, welche leider schlecht besucht war, was aber auf die Kirchzeit zurückzuführen ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen August Grelert und August Schumann durch Erheben von den Mägen geehrt. Zum 1. Punkt gab der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt, welche von den Revisoren für richtig erklärt wurde. Im 2. Punkt referierte Kollege Daubenthaler über: Die neuen Bestimmungen der Bundesratsverordnung und den Abbruch des Striegauer Kampfes. Er forderte alle Kollegen auf, das wenige, was wir durch diese Bestimmungen erhalten, auch durchzubrüden, denn ohne Drängen der Arbeiter rührt sich kein Unternehmer, diesen Folge zu leisten. Anschließend besprach Daubenthaler den Kampf in Striegau und gab den Anwesenden ein klares Bild über die Brutalität der Unternehmer. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Punkt Verschiedenes gab der Kassierer Aufklärung über das Sterbe- und Krankengeld des Verbandes und der Krankenzusicherung. Dann wurde noch die Abhaltung eines Sommerfestes besprochen, was die Kollegen dem Vorstande überwiesen.

Erklärung gegen Oswald.

Herr Heinrich Oswald, Vorsitzender des „Christlichen Hilfsarbeiterverbandes“, sagte nach dem mir von den streikenden christlichen Kollegen zugegangenen Bericht in einer Versammlung am 27. Juli vormittags, ich sei bei den Industriellen vorstellig geworden und hätte ersucht, daß meine Verbandskollegen und ich nach Beendigung der Bewegung wieder eingestellt würden. Ich sollte demnach den gleichen Schwindel gemacht haben, als wie die Christlichen bei dem Lohnkampf auf der Marzhütte (Oberpfalz), indem ich um Urlaub während des Streiks nachsuchte. Zu diesem erkläre ich, daß dieses eine große Lüge ist und hoffe, daß Herr Oswald den Beweis für seine Behauptung antritt.

Pappenheim, 28. Juli 1909. G. S. Boehm.

Wir sind nun begierig, wie sich der berühmte Landtagsdeputatus aus der Affäre ziehen wird. Also, Herr Oswald, nun haben Sie das Wort, aber bitte keine Fausen machen.

Rundschau.

Die alte Feyer. Die etwas verbesserte Bundesratsverordnung paßt natürlich in rückständigen Gegenden auch der Arbeiterbevölkerung nicht. In einem bürgerlichen oberösterreichischen Blatte lesen wir folgendes:

„Arbeitsverbot für jugendliche und weibliche Arbeiter. Die Bevölkerung der Tarnowitz Umgegend, zumal die der Dörfchen Bobrownik, Rudy-Nielar, Trodenberg, Radzionlau, Raklo usw., wird durch die am 1. Juli d. J. plötzlich und unvorhergesehen in Kraft getretene Verfügung des Bundesrats, nach welcher die Beschäftigung jugendlicher und aller weiblicher Arbeiter auf Dolomit- und Steinbrüchen gänzlich verboten wird, sehr schwer geschädigt. Die Arbeiterinnen der umliegenden Dolomitbetriebe haben dem Herrn Regierungspräsidenten in Oppeln, der ja von seiner früheren Tätigkeit im hiesigen Kreise her die Verhältnisse so gut kennt, am 17. 7. eine Petition unterbreiten lassen, in der sie um Weiterbeschäftigung in den Betrieben bitten. Auch geht an den Herrn Handelsminister und den Bundesrat ein Gesuch, das von 200 Arbeiterinnen unterschrieben ist, ab.“

Daß sich die 200 Arbeiterinnen an den Bundesrat wandten, ist ja nichts andres als eine Mache der Unternehmer. Bedauerlich ist es, daß sich der Regierungspräsident so ohne weiteres auf Seiten der Petenten stellt. Aber in Oberösterreich ist bezüglich des Arbeiterschutzes noch immer rückständig vorgefahren worden. Vielleicht untersucht die zuständige Gauleitung die Berufsverhältnisse in den Dolomitbrüchen.

Der Verband der deutschen Pfister- und Hartsteinindustriellen erläßt für seine Mitglieder soeben ein Rundschreiben. Es sollen Fragen beantwortet werden, um die schwedische Kon-

Kurrenz festzustellen. Die Umfrage wird natürlich sehr eigenartig ausfallen. Frage 5 heißt: „Wie war der Jahresgewinn und wie war er in den letzten Jahren?“ Daß die Unternehmer bemüht sind, den Gewinn als recht niedrig einzuschätzen, ist doch ohne weiteres klar. Mit niedrigem Gewinn soll die dürftige Lage der Granitindustrie dargelegt werden.

Sonderbare Logik. Der Beamte der Steinbruchsberufsgenossenschaft, Sektion VII, Herr D. Söllinger, gibt jedoch für 1908 seinen Tätigkeitsbericht. In seinem Bezirk (Thüringen und Provinz Sachsen) sind 938 Unfälle gemeldet worden. Darüber äußert sich der Beamte folgendermaßen: „Die Ursachen aller Unfälle sind vorherrschend auf die Leichtsinngigkeit der Arbeiter zurückzuführen. In seltenen Fällen ist mangelhafte Betriebsrichtung daran schuld.“ Diese Feststellung wundert uns um so mehr, indem der Berichterstatter weiter mitteilt, daß er 455 Verstöße gegen die Unfallvorschriften, begangen durch die Unternehmer, gefunden hat.

Ein Streikbrecher. Wohl bei jedem Streik finden sich Elemente, die von den kämpfenden Arbeitern abfallen und aus Selbstsucht und Egoismus dem Unternehmer Rausreißerdienste leisten. Wes Geistes Kinder diese Leute oft sind, zeigt der hier zu schildernde Fall. Bei dem Streik in Striegau wurden ebenfalls einige Kollegen zu Streikbrechern, unter andern auch der Bruder des Werkmeisters Anders im sogenannten Pappelbruch des Herrn Lehmann, Frits Anders. Vor einigen Tagen stand nun der letztere vor der Strafkammer in Schweidnitz unter der schweren Anklage des Einbruchsdiebstahls. Interessant ist nun auch, wie der Rechtsanwalt des Angeklagten den Diebstahl mit dem Streik in Verbindung bringen wollte, die Anzeige als einen Nachhall der Streikenden hinzustellen suchte, um für den Angeklagten mildere Umstände herbeizuführen. Vergehen gegen das dreimal geheiligte Privateigentum werden jedoch in unserer göttlichen Weltordnung äußerst hart bestraft und deshalb ließen die Richter sich auch gar nicht beeinflussen und verurteilten Anders zu sechs Monaten Gefängnis.

Gibt den Abgebrannten. Der Zentralvorstand erläßt in der heutigen Nummer einen warmen Aufruf, daß die Neuforger Kollegen, welche kürzlich von einem schweren Brandunglück heimgeführt wurden, finanziell unterstützt werden sollen. Kollegen, gebt schnell, Hilfe ist dringend nötig. Die bewilligten Gelder sind an den Hauptkassierer, L. Geiß, zu richten, die Verteilung der eingegangenen Summen nimmt der Zentralvorstand selbst in die Hand. Für den Hauptkassierer ist es ebenfalls von großem Wert, wenn die in den Zahlstellen bewilligten Beträge sofort nach Leipzig abgefordert werden. Solche Hilfsaktionen müssen natürlich schnell erledigt werden, darum, Zahlstellenverwaltungen, besetzt auch unverzüglich mit dem Vorschlag des Zentralvorstandes.

Ueber das Ergebnis der Sammlung selbst wird im „Steinarbeiter“ quittiert.

Kollege Wächter, der mehrere Jahre mit gutem Erfolg die Zahlstelle in Seuffen leitete, übernahm ab 1. August die Lagerhalterstelle des Konsumvereins in Arzbürg (Oberfranken).

Ungetreuer Kassierer. Der Steinarbeiter Theobald, Kassierer der Zahlstelle Rammelsbach (Pfalz), hat etwa 100 Mk. Verbandsgelder unterschlagen. Vom Amtsgericht Kusel wurden ihm hierfür 14 Tage Gefängnis zudiktirt. Theobald hat durch seinen Schurkenstreich bewirkt, daß dem Renommee der Zahlstelle schwerer Abbruch getan wurde. Wir verweisen darauf, daß die Revisoren öfters und unvermutet ihre Amtspflichten erfüllen möchten.

Vor dem Gewerbegericht in Jena. Am 27. Juli klagte der Steinmetz Adolf Kumpf in Rostock (vertreten durch seinen Kollegen Senf) gegen den Granitwerkbesitzer Herrn Conradus. Kläger war bei dem Beklagten im Affordlohn beschäftigt. Er erhielt den Auftrag, eine Pyramide herzustellen. Als er damit beschäftigt war, den Spitzkopf zu bearbeiten, sprang ihm ein Stück davon ab, so daß dieselbe um 4 Zentimeter niedriger geworden ist. Auf Befragen bei dem Beklagten, was er nun machen solle, antwortete dieser, „das weiß ich jetzt auch nicht“, und ließ ihn stehen. Nach mehrmaligem Fragen vertröstete ihn derselbe auf den andern Tag. Als nun Kumpf am andern Morgen keinen Bescheid erhielt, reiste er ab. Kumpf forderte nun von dem Granitwerkbesitzer Conradus den rückständigen Lohn in Höhe von 6.65 Mk. Weiter für 10 1/2 Stunden Wartezeit eine Entschädigung von 4.73 Mk. Der Beklagte, der durch seine Ehefrau vertreten wurde, erkannte nur eine Forderung von 7.91 Mk. als berechtigt an und machte außerdem einen Schadenersatz von 4 Mk. geltend, den die Vertreterin von dem letztgenannten Betrage in Abzug zu bringen beantragte. Sie ließ diesen Anspruch schließlich fallen, nachdem sie darauf aufmerksam gemacht worden war, daß derartige Schadenersatzansprüche nicht vom Lohne in Abzug gebracht werden können. Um weiteren Scherereien aus dem Wege zu gehen, erklärte sich der Vertreter des Klägers im Vergleichswege schließlich mit dem Betrage von 9.65 Mk. einverstanden, die ihm die Beklagte Firma sofort ausbezahlt. — Ob die Firma aus dieser Gerichtsverhandlung etwas lernen wird?

Auf der Bauartikelausstellung in Leipzig wurden die Arbeiten der Meißner Granitwerke mit der goldenen Medaille ausgezeichnet. Der Verband der Elbsandsteinbruchs-inhaber mußte sich mit einem Ehrenpreis der Stadt Leipzig begnügen. Wir haben in Nr. 28 schon erklärt, daß die sächsische Steinbruchsindustrie auf der Ausstellung ungenügend vertreten war.

Mit der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zur Erbschaftsteuer befaßte sich eine Versammlung der Parteigenossen in Mülhausen i. E. Nach einem Referat des Genossen Emmel wurde es in der Diskussion scharf verurteilt, daß die sozialdemokratische Fraktion in der zweiten Lesung der Erbschaftsteuer zugestimmt hat. Im Hinblick auf den Verwendungszweck hätte das nicht geschehen dürfen. Das hätte den Junkern uns insbesondere den christlichen Arbeiterführern gepaßt, wenn die rote Fraktion gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hätte. Den Mülhauser Genossen ist von der Parteipresse in ordentlicher Weise der Text gelesen worden. Und das mit Recht. Wäre die Fraktion Emmels „superklugem“ Vorschlag gefolgt, die Sozialdemokratie hätte in Kl e u s t d t keinen Sieg erringen können und in Koburg, Halle und Stollberg hätte sie bei den bevorstehenden Nachwahlen einen schweren Stand. Weniger Theorie, aber mehr Praxis, Genosse E m m e l.

Schnur Sieg in Neustadt-Landau. Bei der Reichstagsstimmwahl am 30. Juli entfielen auf Huber (Soz.) 12 719 und auf Dr. Dehler (nat.-lib.) 11 765 Stimmen. 312 Stimmzettel waren unguiltig. Huber ist somit gewählt. Die Abrechnung mit dem Schnapsbrot hat begonnen. Ueber Neustadt-Landau, dem ebendem liberalen Besitzstand, stieg die rote Flagge leuchtend auf. Die 12 719 sozialdemokratischen Stimmen sind eine Antwort auf die Mißwirtschaft der bürgerlichen Parteien, wie sie jedenfalls der nationalliberale Kandidat Dehler auch in seinen schwärzesten Träumen nicht voraussaß. Viele Zentrumsarbeiter dürften den Sozialdemokraten gewählt haben. Auch ein Beweis dafür, wie sich die christlichen Arbeiterabgeordneten Giesberts, Schrmer, Wiederberg und Becker mit ihrer Steuerbewilligung (siehe den heutigen Leitartikel) in die Reffeln gefügt haben.

Submissionsliste. Zur Ausführung von ca. 15 000 Quadratmeter Reihenspalt und 700 Ibd. Meter Bordsteine-Versehen nebst den obligaten Nebenarbeiten — dreimaligem Rammen, Materialtransport bis zu 2000 Meter usw. auf dem Bahnhofsneubau Gera-Deubitz wurden 20 Offerten abgegeben. Als Mindestfordernde traten auf: B. Rode-Nordhausen 7200 Mark, Gebr. Sonnabend-Nordhausen 7385 Mark, als Höchstfordernde: Ernst Rauls-Berthel i. S. 16 955 Mark, A. Gerner-Nordhausen

Rehnsdorf bei Magdeburg 20 110 Mark. Wie die zwei erstgenannten Herren gedenken die Arbeit fertig zu stellen, ist uns ein Rätsel. Billige Jakobs gibt es eben überall.

Alkoholbekämpfung durch Unternehmer. Unter dem Vorsitz des Geheimrats Bell fand eine zahlreich besuchte Versammlung der Steinbruchsbesitzer des Kreises Tecklenburg in Ibbenbüren statt zur Besprechung über Maßnahmen gegen den übermäßigen Alkoholgenuß in den Sandsteinbrüchen. Es fand laut Tecklenburger Kreisblatt unter den Steinbruchsbesitzern daher eine Vereinbarung statt, daß sich die Arbeitgeber verpflichteten, die Einführung von Branntwein in ihre Steinbrüche und Arbeitsstellen, sowie den Branntweingenuß vollständig zu verbieten, ferner, daß Arbeiter, die dem Verbot zuwiderhandeln, an den Montagen ohne genügenden Grund nicht zur Arbeit kommen oder diese verlassen, nach zweimaliger Verwarnung im dritten Uebertretungsfalle aus der Arbeit entlassen werden sollen. — Es muß wahrlich schlimm sein, wenn die Unternehmer zu solchen Mitteln greifen müssen. Wollen sie aber ihren Beschluß korrekt durchführen, so dürfte für die meisten Brüche ein Aufpasser nicht genügen, und sollen alle, die gegen diesen Aufpasser nicht verstoßen, entlassen werden, so sind in absehbarer Zeit die reichliche Hälfte Leute aus den Betrieben heraus, d. h. wenn sie nicht gleich wieder im Nachbarbruch eingestellt werden. Aber die Ursachen dieser „übermäßigen“ Schnapsstrinkerei scheinen die Unternehmer gar nicht zu kennen. Das sind die überaus traurigen Löhne und das Fehlen einer starken gewerkschaftlichen Organisation. Wenn die Steinarbeiter bei ihrer schweren Arbeit kaum das notwendigste zum Leben haben, so greifen sie eben zur Flasche, als „vermeintlichen Sorgenbrecher“, und bedenken nicht, daß ihre Kraft und Gesundheit, die durch den schädlichen Beruf schon untergraben wird, durch „übermäßigen Alkoholgenuß“ vollends zerrüttet wird. Aber ohne Organisation ist ihnen jede Aussicht und Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lage geschwunden. Die christliche Organisation, die einmal eine Anzahl Mitglieder hatte, hat bis jetzt noch nichts gebessert und dem Steinarbeiterverband hat man bis dato immer die Lokale zur Versammlung abgetrieben. Die im Steinarbeiterverband organisierten Kollegen sind der Meinung, und die Erfahrung hat das hundertfach bestätigt, daß nicht Verbote die „Schnapspest“ mildern oder beseitigen, sondern die aufklärende Arbeit der Organisation und die dadurch bewirkte Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Steinarbeiter von Ibbenbüren, beherzigt das!

Der Streik in Vigo (Spanien). Die Meister suchten durch ihre Verbindung und durch Mithilfe der anarchistischen Elemente die Einigkeit unter den Steinarbeitern zu untergraben. Auf Grund von provozierten Zwistigkeiten waren etwa 100 Mann des Betriebs Gonzalez gezwungen, in den Streik zu treten, worauf dann die Meister die schon benachrichtigte Aussperrung vornahmen, die sich aber nicht bloß über Vigo, sondern noch weiter in das Land hinein erstreckte. Ein solcher Kampf hat hier in Spanien noch nie existiert. Die Meister suchen alle Kräfte, um die Arbeiter der Polizei und den Gerichten auszuliefern, gilt es ihnen doch, den verhassten Mindestlohn abzuschaffen. Die übrigen Organisationen in Spanien tun zwar ihr Möglichstes, um die Ausgesperrten zu unterstützen, selbst auch seitens der Generalkommission, sowie auch von Brasilien sind schon bedeutende Beiträge eingegangen. Die wenigen Streikbrecher, welche bis jetzt von Portugal gekommen sind, vermögen bei dieser Massenausperrung nichts, abgesehen davon, daß sie gar nicht Berufsmänner sind, und nur von den Meistern als Dekorationsmittel gehalten werden. Auch mit der Gründung von gelben Gewerkschaften haben sie noch nicht viel erreicht. Die Ausgesperrten halten fest zusammen, und werden diese paar Streikbrecher wenig Einfluß auf die Bewegung ausüben können.

An die baugewerblichen Arbeiter in Hesse-Nassau und Waldeck. Die Bauarbeiterschulskommission in Frankfurt a. M. beruft im Einverständnis mit den Vorständen und Gauleitungen der baugewerblichen Organisationen eine **Bauarbeiterschulskonferenz** ein. Dieselbe findet am **Sonntag, 5. September, vormittags 9 1/2 Uhr, in Frankfurt a. M. im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Am Schwimmbad 8/10, statt.** Die Tagesordnung lautet: 1. Der Bauarbeiterschutz und die Haltung der Parlamente, Regierungen und Berufsgenossenschaften zu demselben. Referent: Gauleiter Wilhelm Krenser-Frankfurt a. M. 2. Der Bauarbeiterschutz in Hesse-Nassau und die Aufgaben der Gemeinden. Referent: Gauleiter Heinrich Hüttmann-Frankfurt a. M. 3. Diskussion und Anträge.

Allgemeine Bekanntmachungen. Einbed. Die Kollegen Emil Grohmann und Christian Stöhr, beide Schleifer, möchten ihre Adresse sofort an Unterzeichneten gelangen lassen. Joseph Berchl, Vorsitzender.

Quittung. Eingegangene Gelder vom 26. bis mit 31. Juli 1909. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)
Kalbe, B. 2.40. Köslin, B. 3.40. Brake, B. 4.40. Bant, B. 6.05. Welpke, B. 8.70. Northeim, B. 2.75. Rugiswalde, Ins. 1.80. Bredenbeck, Ins. 39.80. Augsburg, B. 29.90, K. 0.10. Offen, B. 64.40, E. 0.25, K. 17.10. Hasserode, B. 181.70, K. 0.45, M. 1.60. Gall, B. 54.60. Kaiserslautern, B. 34.86. Kronach, B. 58.52, E. 7.—, K. 1.10, M. 0.30. Lütchenbach, B. 186.58, K. 7.80, M. 0.80. Münster, B. 133.40, K. 8.10. Neuenstein, B. 81.48, E. 1.50, K. 14.40. Rothenburg o. E., B. 32.20, K. 4.55. Dittelsdorf, B. 1.65, E. 2.—. Sieders, B. 6.70. Oibernhau, B. 20.85. Saynau, B. 5.—. Achim, B. 4.95. Waldenburg, B. 4.40. Schwiebus, B. 3.85. Krefeld, B. 57.50, E. 1.50, K. 1.—. Einbed, B. 138.—. Floß, B. 168.—, K. 10.—. Gosmannsdorf, B. 40.50. Heppenheim, B. 413.07, K. 4.50. Serford, B. 56.58, E. 0.50, K. 2.30. Ramens, B. 21.—, E. 3.50, K. 2.50. Konstanz, B. 42.—. Madweiler, B. 114.76, E. 2.50, K. 10.—. Birmafens, B. 71.30, E. 1.—, K. 5.10. Treudlingen, B. 36.80, E. 0.50, K. 0.60. Weßelburg, B. 63.—, E. 0.50, K. 20.—. Osterwald, B. 161.92, E. 2.50, K. 18.40. Königsbrück, B. 252.—, K. 20.—. Beuthen, B. 106.26, E. 0.50, K. 6.05. Alt-Warthau II, B. 64.40, K. 7.60. Eiegntz, B. 7.70. Wlauberg, E. 168.—. Bedheim, B. 3.70, E. 4.50. Eberbach (Wald.), B. 44.84, E. 7.50, K. 3.50, M. 0.50. Hemsbach, B. 168.—, E. 4.—, K. 4.20. Langenthalheim, B. 29.40, K. 0.60. Odenbach, B. 107.18, E. 7.—, K. 0.90, M. 2.50. Regensburg, B. 147.—, E. 3.—, K. 25.—, M. 1.50. Wildemann, B. 143.22, E. 31.—, K. 5.60, M. 0.80. Neufkirchen, B. 23.94. Rainz, B. 138.—, E. 5.—, K. 3.30. Raßr., B. 9.20, K. 2.80. Hürstel, B. 25.76, K. 2.—. Bamberg, B. 168.—. Ghlingen, B. 5.—. Fürstenberg, B. 2.90. Brudmühl, B. 184.—, E. 2.25, K. 10.—. Hasserode, B. 2.53. Hannover II, B. 7.50. Lüneburg, B. 84.—. Nürnberg, B. 460.—, M. 0.20. Partha (Ranz), B. 3.30.

Ausweis über zurückgefordertes Material vom 1. bis 31. Juli 1909. Regensburg, 34 B. Eberdorf, 63 K., 96 X. Lützenfeld, 379 B., 12 E., 96 K. Heigenbrüden, 483 B., 7 E., 95 K. Hamburg I, 56 B., 44 K. Pilgramsreuth, 10 Erfahm. Hürstel, 71 B., 91 X. Wittenberg, 290 B., 3 E., 25 K.
Berichtigung. In der Quittung vom 19. bis 24. Juli in Nr. 31 des Steinarbeiter muß es unter Kirchheim heißen: K. 3.60 (statt 1.50). Nachzutragen ist noch: Kirchberg, B. 378.—, K. 1.50. Ludwig Geiß, Kassierer.

Adressen-Änderungen.
Hürstel. Kass.: August Tacke, bei Hollweg u. Kumpers.
Dunzlau. Der Obmann für den niederschlesischen Sandstein-district ist Steinmetz Robert Rothe, Rothlacher Straße 58. Als Stellvertreter fungiert Steinmetz Karl Schulze.
Seuffen. Vors.: Johann Matthes.
Madweiler. Kass.: Adam Schäfer, Spielplatz 118.
Lahr (Baden). Vors.: Wilhelm Günter, Rappenthorstr. 11.
Weßelburg. Vors.: Albin Kirchsübel, Bahnhofstraße.
Langen-Altheim. Vors.: Joh. Raub.
Pappenheim. Vors. u. Kass.: Joh. Streb.

Neue Zahlstellen.
Zell-Keinersreuth (10. Gau). Vors.: Andreas Gill, Keinersreuth (Post Zell). Kass.: Christoph Bloß, Zell (Oberfranken).

Briefkasten.
Freysburg. Die Sperre in S. ist aufgehoben. Eure Mitteilung war sehr interessant. — D. Wir haben die Mitteilung an das sozialistische Pressebureau nicht weitergegeben. Ueber den Tarifabschluß konnte schon vor 14 Tagen berichtet werden. — J. Die gemachten Wahrnehmungen klingen ja beinahe ungläublich. Wir wollen aber das Pulver trocken halten. — Schlesten. Es kommt folgende Druckfestigkeit des Sandsteins pro Quadrat-zentimeter in Frage: Kesselsdorfer 400, Heuscheuer 790, Hokenauer 480, Eudowaer 1000—1100, Plagwitzer 620 und Warthauer 620 kg. Die Preisverhältnisse sind uns unbekannt. — St. Die Unterschrift der beiden Verfasser haben wir weggelassen. Es ist doch absolut nicht notwendig, der Firma frank und frei zu offerieren, wer die Kritik geschrieben hat. Was wäre das Resultat, wenn wir die Initialen hineinsetzten? Zwei gute Kollegen stiegen aufs Pflaster; die übrigen 60 Mann dagegen würden aus Solidarität in den Streik treten. Also das machen wir billiger. — Schopfloch. Die Verbreitung während der Kirchtzeit ist strafbar. — Wurzen und Dunzlau. Muß umständlicher abgelehnt. Besten Gruß!

Einige Zusendungen mußten zurückgestellt werden.
Die Nummern 23, 26 und 30 sind völlig vergriffen. Wir bitten, uns überschüssige Exemplare zu überweisen.
Die Expeditivn.

Anzeigen.
(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Bezirksversammlungen
finden statt in:
Heidingsfeld Sonntag, den 8. August, vormittags 10 Uhr, im Gasthaus Witwe Klessling, für die Orte: Würzburg, Kirchheim, Grünsfeld, Rinderfeld, Bottenbauer, Randersacker, Heidingsfeld und Umgegend;
Ochsenfurt Sonntag, den 8. August, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum Storchen, für die Orte: Gosmannsdorf, Eibelstadt, Ochsenfurt, Frickenhausen, Marktbreit und Umg.
Tagesordnung: 1. Unsere Lohnbewegung und die Stellungnahme der Unternehmer hierzu. Berichterstatter: Kollege Volke, Würzburg. — 2. Verschiedenes.
Die Gaukommission.

Achtung! Steinarbeiter des Bilstaales!
Sonntag, den 15. August, nachmittags 3 Uhr
Große öffentl. Versammlung
im Meierschen Gasthause in Aunkirchen.
Als Referent erscheint ein Genosse aus München.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Bauschule und Technikum
Errichtet 1890. Berlin C., Münzstrasse 7. Errichtet 1890.
Hoch- und Tiefbau. — Steinmetz-Abteilung.
Gründliche fachmännische Ausbildung von **Meistern, Betriebsleitern und Werkführern.** Vorkenntnisse nicht erforderlich.
Näheres durch die **Direktion.**

Spezialhaus für Berufskleidung
Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jackets, Hosen.
Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.
10 bis 20 tüchtige
Granit-Pflastersteinhauer
im Afford gesucht.
Süddeutsche Granitwerke G. m. b. H.
Kandern (Baden).

Ehrenerklärung.
Die beleidigenden Äußerungen, welche ich am Montag, den 26. Juli, gegen den Kollegen Jakob Schlager getan habe, nehme ich mit Bedauern zurück und warne vor Weiterverbreitung.
Ernst Reichelt, Demitz-Thumitz.

Gestorben.
In Reudorf am 20. Juli der Kollege Otto Kaiser, 21 Jahre alt. Er schied freiwillig aus dem Leben.
In Raibach am 29. Juli der Kollege Andreas Uhrig, 42 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
Ehre ihrem Andenken!
Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 32.

Sonntag, den 7. August 1909.

13. Jahrgang.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Abwälzung der neuen Steuern. — Geplante Erhöhung des Bierpreises. — Verteuerung der Haushaltskosten. — Besserung der Ernteausichten.

Das Interesse der weitesten Kreise konzentriert sich gegenwärtig auf die Durchführung der neuen Steuern, die zum Teil schon im kommenden Monat in Kraft treten. Die Abwälzung auf die Konsumenten wird bei Kaffee, Tee, Bier, Zigarren, Bismuthölzern und Glühkörpern vom Detailhandel unter Beihilfe der heimischen Produzenten, soweit solche in Frage kommen, fleißig vorbereitet. Und auch die Periode der Vorbereitung wird noch benötigt, um die Kaufkraft des Publikums besonders stark anzuregen, in einer Zeit, wo die Geschäftswelt über arge Sommerflaute klagt. Man soll sich als kluger Konsument ein ganzes Lager von Zigarren, Bismuthölzern, Glühkörpern, Kaffee und Tee hinlegen. Freilich, diese Vorschläge sind schneller gemacht als ausgeführt. Gerade in der Arbeiterbevölkerung dürfte bares Geld zur Anschaffung solcher Vorräte recht knapp sein. Auf Kredit bekommt aber nur der begüterte Teil der Konsumenten Vorräte ins Haus geliefert.

Wie es nicht anders zu erwarten war, sucht ein Teil Geschäftsleute aus der Steuererhöhung insofern möglichst einen Nutzen zu ziehen, als sie die Abwälzungssumme auf den Konsum etwas höher bemessen, als sie tatsächlich ausmacht. Ein musterhaftes Beispiel, wie es nicht gemacht werden soll, bieten die Betreiber der Brauereien und Gastwirte. Sie haben in einer Verammlung in Berlin Preisermäßigungen für das Bier vorgeschlagen, deren Durchführung zur Folge hätte, daß ein Vielfaches der Steuerbelastung dem Konsum aufgebürdet würde. Es sollte eine großzügige Preispolitik durchgeführt und ein einheitlicher deutscher Bierpreis geschaffen werden. Es soll nicht bestritten werden, daß die finanzielle Lage der Brauerei- und Gastwirtsgewerbes sich in den letzten Jahren weniger befriedigend, zum Teil sogar unbefriedigend verändert hat. Nur sollte auch hier nicht übertrieben werden. Wenn z. B. auf die stark gestiegenen Löhne hingewiesen wird, über deren Höhe man in Kreisen der Brauereiarbeiter ganz anders denkt als bei den Arbeitgebern, so soll doch auch nicht übersehen werden, daß infolge der technischen Entwicklung des gesamten Betriebs in den Brauereien während der letzten Jahre die Ertragskraft an menschlicher Arbeitskraft ganz erheblich zugenommen hat. Auf eine Einheit fertiges Produkt kommt heute merklich weniger menschliche Arbeitskraft als vor einigen Jahren. Das dürfte wohl auch von den Arbeitgebern kaum bestritten werden. Dabei kann natürlich die absolute Zahl der Arbeiter noch zunehmen, vor allem kann der Lohn für die einzelnen Arbeiter steigen. Aber nichtsdestoweniger muß zugegeben werden, daß die Lage des Brauereigewerbes weniger rentabel ist, als sie vor ein paar Jahren noch war. Wenn Brauereien und Birne die Steuer und noch einen guten Prozentsatz darüber, der sich in mäßigen Grenzen bewegte, auf den Konsum abzuwälzen versucht hätten, so wäre vom Standpunkte einer Interessentpolitik, wie sie heute nun einmal gang und gäbe ist, wenig dagegen zu sagen und zu machen gewesen. Wenn aber die Brauereien und Gastwirte geglaubt haben, durch ihre Preisveränderungen ein Vielfaches der Steuerbelastung aus dem Konsum herauszuholen zu können, dann haben sie eben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Zunächst kam es zu keiner Einigkeit zwischen den Brauereien, zu keiner Einigkeit unter den Gastwirten und weiter zu scharfen Protesten aus den Kreisen der Konsumenten. Man wird annehmen dürfen, daß es nicht bloß bei mündlichen Protesten bleibt, sondern daß gegen unmäßige Erhöhungen des Bierpreises die Konsumenten mit einer scharfen Abnahme der Nachfrage nach Bier reagieren werden. Ist es doch vorgekommen, daß zum Beispiel in Essen, wo der Preis für Lagerbier vor kurzem noch 30 Pfg. pro Liter betrug, die Verdoppelung dieses Preises in Aussicht genommen wurde. Dabei macht die Steuerbelastung pro Liter noch lange nicht 2 Pfg. aus! Da der Bierkonsum im Volkshaushalt eine ganz wesentliche Rolle spielt, so ist die Höhe des Bierpreises eine nicht ganz unwichtige Frage. Das deutsche Volk gibt für sein Bier mehr als 2 Milliarden Mark aus oder zirka 6 bis 7 Prozent seiner gesamten Ausgaben. Jeder Pfennig, um den das Liter Bier sich verteuert, ergibt eine Mehrausgabe von rund 70 Millionen Mark. Beträgt der Aufschlag 5 Pfg., so kommt das einer Mehrausgabe von nicht weniger als 350 Millionen Mark gleich. Bei 10 Pfg. Aufschlag sind es schon 700 Millionen Mark. Bei einem solchen Gewicht des Konsums muß man auch die Preispolitik so einstellen, daß sie in den Grenzen eines erträglichen Maßes bleibt. Das hat die Vertreterversammlung der Interessenten in Berlin nicht getan, und deswegen kann nicht entschieden genug gegen diese Preispolitik Widerspruch erhoben werden.

Das Inkrafttreten der neuen Steuern fällt zudem in eine wirtschaftliche Periode, die nicht nur die Abwälzung auf den Konsum sehr kritisch gestaltet, sondern in der auch die sich kaum erst erholende Kaufkraft der Bevölkerung von neuem geschwächt

wird. Man darf nicht übersehen, daß in den letzten Monaten der Nachkriegszeit der hohe Getreidepreis merklich erhöht hat. Gegen Januar betrug die Verteuerung im Juni schon 3,3 Prozent. Würde Arbeitslosigkeit und Lohnsank in relativ raschem Anwachsen begriffen sein, so würden solche Verteuerungen wenigstens zu keinem ernstlichen Bedenken Anlaß geben. Aber im laufenden Jahre und namentlich in den Sommermonaten ist die Erholung des Beschäftigungsgrades noch keineswegs so kräftig, um hohe Warenpreise spielend überwinden zu können. Im August kommen nun noch die ersten Aufschläge aus der Reichsfinanzreform zu den bisherigen Erhöhungen hinzu. Das ist für ein Jahr der Erholung eine Kraftprobe, von der man nicht von vornherein sagen kann, wie sie endet, ob die gewerbliche Erholung sich im Herbst als stark genug erweisen wird, Arbeitslosigkeit und Verdienst so zu heben, daß der Konsum im allgemeinen seinen bisherigen Umfang behalten und noch ausbessern kann, oder ob das Verhältnis zwischen Warenpreisen und Kaufkraft zu einer nochmaligen Erschlaffung des wirtschaftlichen Organismus führen wird.

Erfreulicherweise gestalten sich die Ernteausichten besser, als man angenommen hatte. An den Getreidebörsen hat freilich noch immer die Partei der Haufflers die Führung, und erst in den allerletzten Tagen haben die amerikanischen Getreidebörsen einen merklichen Umschwung, von dem nur zu wünschen ist, daß er sich nachhaltig auf dem gesamten Getreidemarkt fortsetzen möchte. Wie sich in Deutschland die Beurteilung der Saaten gebessert hat, das ist aus einer Gegenüberstellung der Saatenstandsarten aus den letzten Monaten deutlich zu erkennen. Dabei ist zu bemerken, daß die Note 1 den Stand der Saaten als sehr gut, 2 als gut, 3 als mittel (durchschnittlich), 4 als gering und 5 als sehr gering charakterisiert. Die Saatenstandsnoten für die wichtigsten Feldfrüchte waren in den letzten Monaten folgende:

	Winter-Weizen	Sommer-Weizen	Winter-Gett.	Sommer-Gett.	Bar-Gett.
April	3,1	—	2,7	3,0	—
Mai	3,1	2,6	2,6	3,0	2,6
Juni	3,0	2,7	2,4	2,8	2,5
Juli	2,8	2,5	2,3	2,6	2,4

Gegen Juni hat sich der Stand aller aufgeführten Feldfrüchte gebessert. Bei allen ist nach den amtlichen Notizen ein über dem Durchschnitt stehender Ernteertrag zu erwarten. Auch die Nachrichten über die Ernteausichten im Auslande lauten in letzter Zeit sehr viel ermutigender als noch im Vormonat. So wird für Russland eine sehr befriedigende Ernte in fast allen Gegenden dieses großen Agrarlandes prognostiziert. In Oesterreich-Ungarn und nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten sind die Erwartungen auf eine quantitativ und qualitativ bessere Ernte gleichfalls im Wachen begriffen. Treffen die Erwartungen ein, so ist hoffentlich damit der Weg für eine Ermäßigung der Getreidepreise gebahnt.

Berlin, am 1. August 1909. Rich. Calmer.

Der fünfte internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung.

Die Berichterstattung der einzelnen Landeszentralen erstreckt sich über 16 Länder bzw. Gewerkschaftsgruppen, nämlich England, Niederlande, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Kroatien, Slavonien, Serbien, Bulgarien, Schweiz, Italien und Spanien. Von England wird berichtet über Lohnsätze und Arbeitszeiten in einigen Berufen, über Streiks und Aussperrungen, über die Arbeitslosigkeit, die Sozialpolitik, insbesondere das Altersversicherungsgesetz von 1908 und über das Wachstum der Gewerksvereine. Die Uebersicht über Lohnsätze und Arbeitszeit dürfte für Vergleiche kaum geeignet sein. Die Darstellung der Streiks und Aussperrungen stützt sich lediglich auf die offizielle Statistik des Handelsamts, deren Zuverlässigkeit nach den Angaben des Berichts stark in Frage gestellt wird. Es wird mitgeteilt, daß diese Statistik nur solche Streiks zählt, an welchen mindestens 10 Personen beteiligt sind. Im Jahre 1908 hatte die General Federation of Trade Unions unter 897 Streiks aber nur 195 Fälle, an denen 10 und mehr Personen beteiligt waren. Unter diesen Umständen bleibt es zu beklagen, daß die englischen Gewerkschaften solche Statistiken unwillig in die Welt hinausgehen lassen und nicht längt zur Führung eigener Streikstatistiken übergegangen sind. Die offizielle Statistik berichtet für 1907 von 601 Streiks mit 147 498 Beteiligten und einer Gesamtdauer von 2 262 157 Arbeitstagen.

Die Zahl der englischen Trade Unions wird auf 1161, die ihrer Mitglieder auf 2 106 263 und ihr Vermögen auf 5 198 536 Pfund Sterling (gleich 108 990 720 Mark) angegeben. Das Jahr

1907 war für England ein Höchstjahr der Arbeitslosigkeit und die Frage staatlicher Arbeitslofenfürsorge stand auf der Tagesordnung. Auch die General Federation nahm zu dieser Frage Stellung; sie forderte:

1. Errichtung eines nationalen Arbeitsamts unter einem Staatsminister mit Sitz und Stimme im Kabinett. Dieser Minister soll die Oberaufsicht über die Verwaltung und Verteilung jener Arbeit führen, die von Handel und Industrie nicht aufgesogen wird.

2. Errichtung eines permanenten Arbeitslofenauschusses aus Vertretern der Regierung, der Magistrat und des vereinigten Ausschusses der Arbeiterbewegung. Jede der 3 Parteien soll in diesem permanenten Ausschuss gleich stark vertreten sein.

3. Dieser Ausschuss soll von dem Arbeitsminister ernannt werden und Vollmacht haben, in geeigneten Bezirken lokale Arbeitslofenauschüsse einzusetzen, welchen die unmittelbare Versorgung von Arbeitslofenangelegenheiten obliegt. Auch die Zusammenfassung der einzelnen Unternehmungen und die Beauftragung der durch die Verwaltung zugewiesenen Arbeiten an der Arbeitsstelle selbst, gehört zu ihren Aufgaben. Im weiteren verlangt sie rasche Beschaffung von Arbeitslofen durch Urbarmachung von Dedlandereien, Errichtung von Erholungs- und Spielplätzen, Schutz der Küsten- und Flußufer gegen Wassernot, Erweiterung der Höfen, Aufforstung, Landwerb für den Bau von Arbeiterhäusern, Beihilfen für Gemeinde- und Genossenschaftsmeiereien, Zusammenwirken von Gemeinde- und Staat bei Verfügungen und Einrichtungen für Arbeitslose, Erwerb des Eisenbahn- und Kanalnetzes durch den Staat und Erfüllung des Gesetzes über kleine Pachtungen im Staatseigentum.

Als Ergebnisse der Sozialpolitik wird ein Memorandum des Handelsministers betr. schiedsrichterliche Vermittlung bei Arbeitslofenangelegenheiten, sowie das Altersversicherungsgesetz, das aber erst anfangs 1909 in Kraft trat, aufgeführt. Nach diesem Gesetz erhalten alle inländischen Personen, gleichviel ob Mann oder Frau, ob verheiratet, ledig oder verwitwet, nach Erreichung des 70. Lebensjahres Altersrente, sofern das durchschnittliche Jahreseinkommen 630 Mark nicht übersteigt. Eine Reihe von Ausnahmen sind vorgesehen. Es sind bereits 600 000 Ansprüche erhoben und 528 000 anerkannt. Die gezahlte Durchschnittssumme beläuft sich pro Person und Woche auf 4 Mark.

Am Schlusse verweist der Bericht auf den gegen den Verband der Eisenbahner entschiedenen Prozeß, der die Erhebung von Beiträgen für politische Zwecke verhindern soll. Falls die höchste Instanz das Urteil bestätigt, soll ein Gesetzentwurf im Parlament eingebracht werden, um das betroffene Recht sicher zu stellen.

Nach dem Bericht für die Niederlande macht die Verbandsentwicklung Fortschritte. Von den größeren Verbänden hält sich nur der neutrale Buchdruckerverband der neuen Zentrale fern. Die anarchistische Bewegung hat sich durch die Verabschiedung ihres früheren Sekretärs von Erdel wegen Unregelmäßigkeiten stark vermindert. Die christliche Bewegung soll nach einem amtlichen Bericht 628 lokale Vereine mit 33 125 Mitgliedern umfassen; aber die wenigsten dieser Organisationen kommen für den gewerkschaftlichen Kampf in Frage. Die Interprofessionellen haben vor kurzem eine eigene Zentrale mit zirka 7000 Mitgliedern gegründet. Daneben ist eine rein katholische Gewerkschaftszentrale mit angeblich 40 000 Mitgliedern ins Leben getreten. Unser Zentrale gehören 24 Verbände mit 22 270 Mitgliedern an. Ferner verfügen unsere Organisationen über 30 örtliche Zentrale, von 20 derselben wird berichtet, daß ihnen 287 Organisationen mit 36 963 Mitgliedern angehören, davon 19 298 Mitglieder der Landeszentrale. 12 Kartelle haben eigene Arbeiterssekretariate (Bureaus für Arbeiterrecht). Im Jahre 1907 fanden 139 Streiks mit 11 092 Beteiligten statt. 24 Streiks endeten erfolgreich, 40 unglücklich, 50 durch Vergleich, 14 waren am Jahreschluß noch unentschieden. Die Zahl der Aussperrungen betrug 16 mit 3192 Beteiligten. Die Arbeitslofenverfäherung nach dem Center System macht in den Gewerkschaften rasche Fortschritte. Inzwischen bereitet die Kommunale Organisation der Zentralisation der Gewerkschaften manche Hemmnisse, welche bei einer staatlichen Regelung wegfällen. Ein Gesetzentwurf in letzterer Hinsicht liegt bereits vor. Die soziale Gesetzgebung hat seit dem Unfallversicherungsgesetz von 1901 stillgestanden. Ein Gesetz betreffend Arbeitskontrakte von 1906 enthält nachteilige Bestimmungen für die Arbeiter. Der Agitation für Verkürzung der Arbeitszeit ist durch die Gewerbeinspektoren entgegen gewirkt worden, worauf die Gewerkschaften eine Arbeitsdauerstatistik aufnahmen, deren Ergebnisse in der Öffentlichkeit starken Eindruck machten.

Der Bericht von Belgien, der erstmalig eine umfassende statistische Uebersicht über die belgische Gewerkschaftsbewegung gibt, stellte für letztere 181 015 Mitglieder fest, davon 138 768 den freien Gewerkschaften, 10 087 unabhängigen Organisationen, 30 664 christlichen Organisationen und 515 liberalen Organisationen angehören. Die gelben Organisationen sind damit auf

Stefan vom Grillenhof.

Stefan stand mit seinen Kameraden ziemlich außer dem Dorfe, hinter einer kleinen Kapelle. Sie befanden sich auf einer Erhöhung und hatten von hier aus den freien Ausblick gegen die vor ihnen liegenden Felder; aber die gewaltigen Rauchmassen, welche durch den Nebel niedergehalten wurden, gestatteten ihnen nicht, die Bewegungen der Feinde zu verfolgen. Sie vermochten nicht zu unterscheiden, ob sie noch jenseits des Flusses standen oder ob sie ihn bereits überschritten und allmählich gegen sie heranrückten. Sie hofften das letztere. In fieberhafter Ungeduld standen diese armen Burschen da; sie sahen rechts und links die durch Granatsplitter verursachten Verwundungen ihrer Kameraden, sie sahen sie fallen, hörten ihren Beifall, ihr Todesröcheln, und mußten auf ihren Plätzen verharren, ruhig sich verhalten, wie Bildsäulen dastehen, ohne sich zu rühren, während doch ihre Herzen wahnhaftig klopfen, während alle ihre Pulse schlügen und ihre Körper zitterten vor Wut und Aufregung.

Stefan stampfte mit den Füßen den Boden. „Wenn wir noch eine Viertelstunde hier stehen bleiben müssen“, sagte er zu Sepp, der jetzt neben ihm sich befand, „so werden wir alle niederlartatet sein; wie die Hunde werden wir niedergeschossen sein, ohne uns verteidigt zu haben.“ Sepp, der den Szalot vom Kopfe geworfen, faßte mit der einen Hand nach seinem dichten, struppigen Haar, und es in einen Schopf zusammenfassend, beutelte er daran mit unbarmherziger Heftigkeit. „Steffel“, rief er, mir drückt's die Seel' ab, Steffel, wenn ich so elendiglich krepieren müßt', es' ich's denen da drüben heimgezählt hab' — 's wär' schredlich! 's wär' das Härteste, was mich treffen könnt', wenn ich sie nüt unter meine Faust' krieg'; aber wenn — dann 's g'reun dich, Preuß! Meinemwegen soll ich umgebracht werden, aber eher will ich euch umbringen, je mehr, desto besser!“

In dem Augenblick stieß Stefan einen Schrei aus, eine Granate kam geflogen, er sah hinüber nach dem nahen Gehölz, wo Hans mit einer Anzahl Leute Posto gefaßt, — dort, dort mußte sie einschlagen. Ein Knack erfolgte, Staub und Sand

wirbelte auf — sie war explodiert, die Splitter flogen auseinander, Tod und entsetzliche Wunden erteilend. Ein Gebrüll erfolgte, dann wurde es einen Augenblick ganz ruhig. Stefan sah mit unendlicher Bangigkeit nach seinem Leutnant. Er stand, er war unversehrt, er beugte sich zu einem Kameraden nieder, der minder glücklich war. Wieder donnerten die Kanonen. Die Mannschaft war kaum mehr zu halten; sie schrien, sie knirschten mit den Zähnen, sie zeigten sich aufs höchste erbittert, die Offiziere mußten all ihre Autorität aufbieten, damit sie nicht blindlings den Feinden entgegenstürzten. Sie hielten es in dieser entsetzlichen Unthätigkeit nicht mehr aus, sie wollten zum Dreihau kommen. Aber es durfte nicht sein; wenigstens war der Augenblick dazu noch nicht gekommen. Die Offiziere hatten ihre Weisung vom Stabe, das Terrain müsse behauptet werden, es koste, was es wolle.

Indes wurde die preussische Kanonade immer heftiger, sie hatte noch Verstärkung erhalten. Während dieser Kanonade und unter dem Schutze der dichten Rauchwolken war es den Preußen gelungen, ihre Infanterie vorzuschoben; sie hatte den Fluß überseht und eine bequem gelegene Bodenerhöhung erreicht, wo sie sich vor dem Feuer der österreichischen Artillerie zu decken mußte. Die feindliche Artillerie rühte nun gleichfalls vor. Einige Batterien der österreichischen waren ungünstig plaziert, so daß sie dieses Vorrückens nicht hindern konnten; ja, sie fanden sich bald selbst genötigt, zurückzuziehen. Indes kamen die preussischen Kolonnen, von Tirailleurs gedeckt, stetig vorwärts. Jetzt sah man sie über das Feld heranstürmen, jetzt hatten sie das Wäldchen erreicht — der Zusammenstoß mußte erfolgen. Endlich, endlich sollte es zum Kampf kommen, zum Handgemenge, — der langersehnte Augenblick der Vieferevergeltung war gekommen. Ein Brüllen, ein Toben brach los, — die niedergehaltene Wut, sie sollte sich jetzt in ihrer ganzen Schrecklichkeit offenbaren! —

Es war Mittag geworden. Der Kampf war auf der ganzen Linie entbrannt. Fast alle Regimenter waren schon im Treffen. Die blitzenden Ringe und Bajonette, die Muffen, das Brüllen und Schreien, die flatternden Fahnen, die schnaubenden Rosse, alles wogte gleich wildemporren Fluten durcheinander. Die

Dampfwolken, durch den Nebel zu Boden gehalten, verüllten alles minutenlang, aber sobald der Schleier riß, sah man diese Menschen in Bestien umgewandelt, von Mordlust entbrannt, und den Tod in tausendfältiger Gestalt rund um sie herum.

Wir entnehmen diese Skizze dem Roman „Stefan vom Grillenhof“, der zuerst im Jahre 1879 im Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“ veröffentlicht wurde und der vom 1. Juli ab in der Wochenschrift „In Freien Stunden“ (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68) zum Abdruck kommt. Der Roman fand seinerzeit den begeistertsten Beifall nicht nur unserer jüngeren Parteigenossen, sondern auch namentlich den der Frauenwelt. Genossin Kautsky, die Verfasserin dieses Romans, ist die Mutter unseres Theoretikers. Die heute 72jährige Autorin hat ein reiches Leben hinter sich. Ein innerlich reiches Leben und reich an äußeren Ereignissen — nicht reich im materiellen Sinne. Denn die Sorgen und Nöte des Daseins hat Minna Kautsky in reichlichem Maße kennen gelernt. Als Kind, als jungverheiratete Schauspielerin, als Gattin eines Künstlers und als Mutter. Ein körperliches Leiden, das später behoben wurde, entfremdete sie der Bühne; ihre künstlerischen Anlagen äußerten sich dann im dichterischen Schaffen. Gemeinsame Studien mit ihrem Sohn Karl führten sie zum Sozialismus. Die Beschäftigung mit der Frauenfrage und naturwissenschaftliche Studien gingen nebenher. Bei einem Erholungsaufenthalte in Hallstadt lernte sie die Arbeiter im Salzammergut und den berühmten Dampferphilosophen Konrad Däumler kennen, der dort eine vielgehaßte und später mit einer langjährigen Kerkerstrafe geächtete Aufklärungsarbeit unter der Arbeiterschaft betrieb. So vereinigte sich alles, um der Verfasserin dieses Romans eine tiefe Erkenntnis, umfassende Erfahrung und jenen freudigen Arbeitswilligen zu geben, der an der Zukunft schafft, indem er uns die Torheit und Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Zustände vor Augen stellt.

Wir können unsern Lesern die Lektüre des Romans bestens empfehlen. „In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich zum Preise von 10 Pfg. und ist durch alle Zeitungsausträger und Kolporture zu beziehen.

dem roten Punkt angelangt. Das Kapitel Gesetzgebung führt 17 bestehende Gesetze auf. Sie betreffen: 1. Arbeitsvertrag; 2. Arbeitsbücher; 3. Regelung der Lohnzahlung; 4. obligatorische Einführung von Fabrikordnungen; 5. Gewerbeinspektion; 6. Beaufsichtigung gefährlicher, gesundheitsgefährlicher bzw. störender Betriebe; 7. Schutz weiblicher, jugendlicher und kindlicher Arbeiter; 8. Gewerbeergänzung; 9. Wahl von Arbeitervertretern zu Gemeinderäten; 10. Errichtung von Arbeits- und Gewerbeämtern; 11. Recht zur Berufsvereinigung; 12. Genossenschaften und Unterstützungsgesellschaften; 13. Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen; 14. Altersversicherung; 15. Gewerbeunfallversicherung; 16. Gewährung von Sitzgelegenheit für Ladenangestellte und 17. wöchentlichen Ruhetage. Alle diese Gesetze sind aber nur „Rassadengesetze“, ohne auf sozialpolitischen Inhalt Anspruch zu erheben — meist schlechte Karikaturen der ausländischen Gesetzgebung.

In Dänemark vollendete die Landeszentrale ihr 1. Jahrzehnt; in diesem Zeitraum wuchs die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 50 939 auf 90 806. Behufs Erwerb der staatlichen Arbeitslosenunterstützung arbeitete ein Auschuß der Landesorganisation gemeinsam mit dem Inspektor der staatlichen Arbeitslosenkassen ein Musterstatut für die Gewerkschaften aus. 39 Genossenschaften und 1 lokale Kasse mit zusammen 74 440 Mitgliedern haben bereits die staatliche Anerkennung erhalten. Die Arbeitslosigkeit in 1907 schwankte zwischen 16,38 Prozent (Januar) und 2,91 Prozent (Mai) der Mitglieder. An Lohnbewegungen waren 40 Gewerkschaften mit 39 328 Mitgliedern beteiligt, davon 5622 an Streiks und 642 an Aussperrungen. Erzielt wurden von 21 Gewerkschaften für 10 147 Mitglieder eine Arbeitszeitverkürzung von 1/2—4 Stunden pro Woche. Eine Arbeitszeitstatistik, die 77 505 Arbeiter umfaßt, ergab, daß 502 Arbeiter unter 8 Stunden, 1180 Arbeiter 8 Stunden, 1519 8 1/2 Stunden, 10 031 9 Stunden, 13 961 9 1/2 Stunden, 44 011 10 Stunden und 6301 über 10 Stunden täglich arbeiten. Auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung wurden im Berichtsjahre eine Reihe von Fortschritten erzielt, so u. a. ein Gesetz, das die Gemeinden zu außerordentlichen Zuschüssen an die Arbeitslosigkeitskassen der Gewerkschaften ermächtigt, ferner der Auktionsladenschluß, die Unfallversicherung für Land-, Wald- und Gartenarbeiter, das Gemeindegewaltrecht für eingeborene Männer und Frauen vom 25. Lebensjahre ab, endlich ein Gesetz, das die staatliche Aufsicht auf die Beschäftigung ausländischer Arbeiter regelt.

In Schweden hat die Mitgliederzahl der Landesorganisation im Berichtsjahre um 60 000 (von 126 272 auf 186 226) zugenommen. Auch hier besteht die Landeszentrale ein volles Jahrzehnt. Der Buchdruckerverband steht der Zentrale noch fern; der Anschluß wurde mit nur 80 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Das Jahr 1907 brachte 1380 Arbeitskonflikte mit 71 182 Beteiligten und 535 397 Tagen Arbeitsverlust. 58 Streiks mit 5083 Arbeitern und 416 friedliche Lohnbewegungen mit 19 570 Arbeitern erreichten Arbeitszeitverkürzung; 99 Streiks mit 8420 Beteiligten und 646 Bewegungen mit 36 509 Beteiligten erzielten Lohnerhöhungen. In der Tarifpraxis hat sich durch Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden eine wichtige Änderung vollzogen. Seither galt der Grundsatz, daß Tarifverträge während ihrer Dauer ebensowohl Streiks und Aussperrungen, als Boykotts und Sperren ausschließen. Die Unternehmerverbände forderten nun die Möglichkeit, trotz der Verträge Sympathieaussperrungen vorzunehmen. Die Gewerkschaften widersetzten sich solcher Auslegung, und es drohte darüber ein allgemeiner Konflikt. Auf Beschluß der Vorstandskonferenz sind die Gewerkschaften jetzt zur Aufnahme folgender Tarifbestimmung ermächtigt:

„Als Bruch geltender Verträge ist nicht anzusehen eine vom Arbeitgeber vorgenommene Aussperrung, die in vorgeschriebener Form von der zuständigen Arbeitgeberorganisation beschlossen wird, und ist als solcher Vertragsbruch auch nicht anzusehen ein von Arbeitern verhängter Streik oder eine Sperre, wenn dieses mit Zustimmung des Vorstands des zuständigen Zentralverbandes geschieht. Bei solchen Lockouts, Streiks oder Sperren darf jedoch von keiner Partei eine Forderung auf Abänderung von oder Hinzufügungen zu geltenden Verträgen erhoben werden.“

Hierbei haben die Gewerkschaften das Recht, Differenzen über die Anwendung oder Auslegung geltender Verträge durch Schiedspruch oder Einigung zu erledigen.

Von Norwegen verlautet eine günstige Entwicklung der Gewerkschaften; die Mitgliederzahl stieg in Jahresfrist von 25 339 auf 39 070. Außerhalb der Landeszentrale stehen noch 6 Verbände und 2 Vereine mit 9245 Mitgliedern. Das Berichtsjahr brachte einen großen Kampf in der Papier- und Zellstoffindustrie, der zugunsten der Arbeiter endete und für 10 531 Arbeiter einen vertraglichen Mehrverdienst von 1 352 372 Kronen jährlich erzielte. Die Organisation der Unternehmer umfaßt 1000 Betriebe mit 50 000 Arbeitern; sie hat mit den Unternehmerverbänden Dänemarks und Schwedens ein gemeinsames Zusammenwirken im Kampfe gegen die Arbeiter vereinbart. In der Gesetzgebung ist die Frage der Krankenversicherung noch ungelöst. Ein „Zuchthausgesetz“ ist über das Stadium des Entwurfs nicht hinausgekommen. Von dem Gesetz betr. Zuschuß an Arbeitslosigkeitskassen hat noch keine Gewerkschaft Gebrauch gemacht. Ein Antrag auf Streichung des § 6 dieses Gesetzes, der für Nichtorganisierte freien Zugang zu den Arbeitslosigkeitskassen der Gewerkschaften fordert, ist im Storting eingebracht. Versuche zur Schaffung von Arbeiterchutzesetzen sind ergebnislos geblieben.

Arbeitsverhältnisse am Remiginsberg bei Altenglan.

Wenn es war wäre, daß es dem Arbeiter erst recht schlecht gehen muß, bevor er es einsehst, daß er sich zu organisieren hat, so müßten die Steinarbeiter samt und sonders in den genannten Brüchen dem Verbandsangehörigen. Denn 85—90 Prozent der betr. Arbeiter verdienen bei dieser überaus anstrengenden und gefährlichen Arbeit (sage und schreibe einen Wochenlohn von 15 bis 18 Mark). Und dabei sind die Lebensmittel nicht im geringsten billiger als in der Stadt. Es drängt sich einem bei Betrachtung solcher Lohnverhältnisse unwillkürlich die Frage auf: Wie ist es wohl möglich, daß diese Arbeiter bestehen können? Ziehen wir jedoch in Rechnung, daß in diesen Brüchen auch noch an die 100—120 Frauen, ja sogar im letzten und vorletzten Schuljahr stehende Knaben und auch Mädchen beschäftigt werden, so erscheint es einem ja ziemlich erklärlich. Ob mittlerweile der Kinderarbeit Einhalt geboten worden ist, nachdem am 1. Juli 1909 die neuen Bestimmungen zur Bundesratsverordnung in Kraft getreten sind, möchten wir noch bezweifeln. Daß sich die Unternehmer aber auch nicht die geringsten Gewissensbisse ob eines solch erbärmlichen Lohnes, mit dem sie diese Steinarbeiter abspesen, machen, geht zur Genüge daraus hervor, daß von den Arbeitern auch noch obendrein verlangt wird, die Schmutzbesorger zu bezahlen. Nicht genug damit, muß sich auch noch ein jeder sein Schuhwerk selber anschaffen. Man bedenke, bei diesen Löhnen auch noch solche von den Arbeitern zu verlangen, das ist wahrlich der Gipfel der Rigorosität. Fast keine Woche geht ins Land, in der nicht ein größerer Unglücksfall passiert. Wenn man durch die Steinarbeiterörter, die um diesen Berge herumliegen, wandert, so bemerkt man denn auch eine so horrenvoll auffallende Zahl von Krüppeln, daß einem bei dem Gedanken, daß unter ihnen auch Familienväter mit mehreren Kindern sind und daß sie alle mit sehr geringen Summen von der Steinbruchberufsgenossenschaft abgespeist werden, ein Gefühl des Jammers, aber auch zugleich das der Empörung ergreift. Für die Arbeiter ist dieser Berg wohl die Quelle kümmerlichen Verdienstes, aber auch die Quelle der Unter-

grabung ihrer Gesundheit und ihres Lebens. Für die Aktionäre hingegen die Quelle von hohen Dividenden und Reichtum.

In diesen Brüchen geht es mitunter drüber und drunter, da werden oft die allermodernsten Schutzvorrichtungen außer acht gelassen. Noch nicht lange ist es her, daß in einem Bruch für einen Steinbrecher, der von der Steinbruchswand herab 11 Meter in die Tiefe stürzte, nicht einmal die vorgeschriebene Tragbahre vorhanden war. Der Mann, der schweren Schaden im Rücken davongetragen hatte, wurde auf einer alten Leiter nach Hause transportiert und mußte bis zum nächsten Tage warten, bis er in ärztliche Behandlung kam. Die Gewerbeinspektion sowohl wie auch die Unfallberufsgenossenschaft ist schon mehrere Male auf die skandalösen Zustände, wie sie in den meisten dortigen Brüchen herrschen, aufmerksam gemacht worden, aber eine merklige Besserung ist trotzdem noch nicht eingetreten. Die Zahl der in diesem Bruchdistrikt im vorigen Jahre vorgekommenen Unglücksfälle geht weit über die Durchschnittszahl der in der Steinindustrie des gleichen Jahres ermittelten Unfälle hinaus. Bringt man jedoch die an und für sich ganz naturgemäß mit dem Steinarbeiterberuf in Verbindung stehenden Unfallgefahren mit dem in den betreffenden Betrieben so wunderbar raffiniert eingerichteten Partienführerakkordsystem in Zusammenhang, dann allerdings findet man die Erklärung, weshalb die dortigen Arbeiter in so erschreckender Weise zu Krüppeln geworden sind.

Nirgends fast erwächst deshalb den Arbeitern mehr die Notwendigkeit, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen, als gerade den dortigen Steinarbeitern. Denn mit Hilfe der Organisation wäre es den betreffenden Steinarbeitern jedenfalls schon möglich gewesen, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Manche von ihnen glauben, sie sparten, wenn sie die 45 Pfg., die der Verbandsbeitrag beträgt, in ihrer Tasche behielten. Sie beachten aber gar nicht, daß sie die Summe dieses Beitrags dadurch, daß sie nicht organisiert sind, jede Woche um so und so viele Male verlieren. Wann wird endlich der Zeitpunkt kommen, wo die dortigen Steinarbeiter es einsehen gelernt haben, daß sie sich, wenn sie die für sie eminent traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse bessern wollen, organisieren müssen? Sage keiner derjenigen, die früher schon einmal im Verband waren: „Ja, wenn der sich aufnehmen läßt, bin ich auch wieder dabei“, sondern sage sich jeder, der den Anspruch darauf macht, ein denkender Mensch zu sein: „Vorwärts, deinem Beispiele werden andre folgen.“ Werden sich so die dortigen Steinarbeiter mit der Zeit ihrer Kraft bewußt, dann wird es ihnen auch möglich sein, der Arbeit in diesen Marterhöhlen (Steinbrüche genannt) ihre größte Bitternis zu nehmen.

Korrespondenzen

Demitz-Thumitz. In der am 18. Juli im Gasthof Neuschölln stattgefundenen Mitgliederversammlung gab zunächst Kollege Müller den Kassenbericht vom 2. Quartal 1909. Die Einnahme mit 2209,22 Mark Kassenbestand vom 1. Quartal betrug 4970,07 Mark, die Ausgabe 2817,75 Mark, bleibt Kassenbestand 2152,32 Mark. Dem Kollegen Müller, welcher das Amt als Kassierer fast vier Jahre bekleidet hat, wurde von der Versammlung der wärmste Dank für seine langjährige aufopfernde Tätigkeit ausgesprochen. Auch der Gauleiter, Kollege Jahn, sprach sich lobend über die gewissenhafte Buch- und Kassenführung des Kollegen Müller aus und dankte ihm für seine langjährige Arbeit. Den Bericht über die Bibliothek erstattete Kollege Mißel. Die Benutzung der Bibliothek war zufriedenstellend und Kollege Mißel gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch diese dazu beitragen wird, Aufklärung unter die Massen zu bringen. Betreffs des zehnjährigen Gründungsjubiläums wurde von mehreren älteren Kollegen betont, daß unsere Zahlstelle nicht erst 1899 gegründet wurde, sondern daß schon 1895 in Demitz Beiträge bezahlt wurden. Kollege Jahn erwiderte, daß er ja selbst nicht zugegen gewesen ist, die alten Protokolle aber nachgeschlagen und gefunden hat, daß im Jahresbericht 1899 die Zahlstelle Demitz das erste Mal erwähnt ist. Daraufhin wurde eine Kommission gewählt, welche feststellen soll, wann die Zahlstelle Demitz-Thumitz gegründet worden ist. Sollte dieses vor 1899 der Fall sein, soll in diesem Jahre von einem Gründungsjubiläum Abstand genommen und ein Gewerkschaftsfest gefeiert werden. Dieses soll am 15. August stattfinden. Eine lange Debatte entpinn sich über den Anschluß an das Gewerkschaftsstatut in Bischofswerda. Allseitig wurde der gute und nützliche Zweck der Gewerkschaftskarteile anerkannt, aus finanziellen Gründen aber augenblicklich der Anschluß abgelehnt. Ein Antrag der Ortsverwaltung: Die Ortsverwaltung in Gemeinshaft mit den Platzvertretern zu ermächtigen, über unvorhergesehene Ausgaben bis zu 50 Mark ohne Einberufung einer Mitgliederversammlung selbständig zu beschließen, wurde nach heftiger Debatte und verschiedenen Änderungen angenommen. Ein weiterer Antrag: Die Platzvertreter sind verpflichtet, die Mitgliedsbücher mindestens dreimal in einem Vierteljahre den Kollegen vorzulegen, wurde angenommen. Ein Beschluß der letzten Platzvertreterversammlung, denjenigen Kollegen, welche länger als 8 Wochen ohne Stundung im Rückstand sind, ist das Fachorgan zu entziehen, wurde gutgeheißen. Kollege Pursche erucht, die Hälfte der Kranken- und Invalidenbeiträge für den Lokalbeamten auf die Lokalkasse zu übernehmen. Diesem wurde allseitig zugestimmt. Zum Schluß bemängelte Pursche die schwache Beteiligung an der Statistik und brachte die auf dem Verbandstag in Kassel einstimmig angenommene Resolution in Erinnerung. Er betonte, daß die Ortsverwaltung streng im Sinne dieser Resolution handeln und jeden Unterstützungsanspruch ohne Ansehen der Person entschieden zurückweisen wird.

Dresden. Am 21. Juli fand im Volkshaus eine den hiesigen Verhältnissen entsprechend gutbesuchte Versammlung statt. Der Vertrauensmann Seibel erstattete zunächst einen halbjährlichen Rückblick, aus welchem hervorging, daß in dieser Zeit erfreulicherweise keine größeren Lohnkämpfe stattgefunden haben. Die momentane Lage in den Bruchgebieten ist weniger günstig zu nennen, indem in mehreren Geschäften größere Entlassungen stattgefunden haben, welche in der Hauptsache mit auf die Hamburger Aussperrung zurückzuführen sind. Die Kollegen am Ort haben schon seit langem gehofft, daß man endlich an maßgebender Stelle so viel Einsicht besitzen würde, um mit den umfangreichen Steinmeharbeiten an städtischen Bauten zu beginnen, aber man sieht hieraus klar und deutlich wieder, daß die einflußreichsten Körperschaften und höheren Beamten eben nicht danach fragen, wie der Arbeiter mit den Angehörigen sein Durchkommen findet. Nur noch wenige Monate, der Winter, das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit, ist wieder da. Die Versammlung nahm ferner den Kassenbericht in seinen Hauptpunkten entgegen, wobei von den Kollegen mehrfach beanstandet wurde, daß obgenannter Bericht am Tage der Vertrauensmännerwahl nicht schriftlich vorlag. Der Vertrauensmann entschuldigte sich damit, daß die Arbeiten, schon in Anbetracht der Verschmelzungsangelegenheit, in den letzten Wochen bedeutende gewesen sind, und es wurde ihm dann auf Antrag der Revisoren von der Versammlung Decharge erteilt. Vorgenannter Bericht wird, sobald derselbe fertiggestellt ist, jedem Kollegen zugänglich gemacht werden. Mit verneinlichem Recht wird vom Kollegen Schmidt der Wunsch ausgesprochen, ob es denn nicht angängig oder möglich sei, an den Verwaltungskosten der vereinigten Zahlstellen etwas sparen zu können. In Anbetracht dessen führte Ernst, sowie auch Elsner den Verammelten vor Augen, daß die Arbeiten der jetzigen Vertrauenspersonen in den Gewerkschaften sehr gestiegen seien. Leider mußten sich auch einige Redner mit dem unparlamentarischen und störenden Verhalten einiger Kollegen befassen, welche in angebeiterter Stimmung den Beratungen und Zusammenkünften der Mitglieder lieber fernbleiben möchten. Der Versammlung wird auch bekannt gegeben, daß am 8. August das geplante Vergnügen in

Großschlitz-Pirna stattfindet. Die Hin- und Rückfahrt erfolgt mit planmäßigem Schiff ab Terrasse 9 Uhr vormittags. Die auswärtigen wohnenden Kollegen haben somit Gelegenheit, an jeder zwischen Dresden und Pirna liegenden Landungsstelle einzusteigen. Diejenigen aber, welche einer Fahrperemöglichkeit teilhaftig zu werden gedenken, werden gebeten, sich 20—25 Minuten vor Abgang des Schiffes einzufinden, 10 Mann schließen sich zusammen und lösen einen sogenannten Familienblock. Aus den Wahlen ging Seidel und Ernst hervor, und erhielten dieselben per Stimmentzettel ersterer 112 und letzterer 70 Stimmen. Zu Verwaltung, resp. Vorstandsmitgliedern wurden die Kollegen Artur Richter, Neumeier und Elsner gewählt, mithin je einer aus der Sandstein-, Granit- und Marmorbranche. Der Beschwerde eines Kollegen, betreffs Mitversteuerung des Krankengeldes, wurde insofern Rechnung getragen, daß der Vorsitzende bekannt gibt, daß dasselbe nicht mehr zu versteuern sei.

Mittweida. Unsere Mitgliederversammlung am 18. Juli im Rosengarten war trotz der reichhaltigen und allgemein interessierenden Tagesordnung nur schwach besucht. Der Kassierer gab die Abrechnung vom zweiten Quartal und auch die vom Sommerfest. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Ueberchuß vom Sommerfest sollte als Grundstock zu einem Reiserfonds Verwendung finden, aus welchem etwa ausgesperrte Kollegen unterstützt werden sollten. Kollege Siebold riet von einem solchen Zahlstellenfonds ab und wies rechnerisch nach, daß er bei event. Unterstützung nicht leistungsfähig sein könnte. Die Anwesenden beschloßen gegen 3 Stimmen, den Ueberchuß vom Feste der Lokalkasse einzuzwecken. Zum dritten Punkt hielt Kollege Siebold ein beifällig aufgenommenes Referat über „Begleiterscheinungen in den Gewerkschaftsorganisationen“. In seinen 1 1/2 stündigen Ausführungen beleuchtete er unsere heutige Wirtschaftsordnung und die daraus entstehende Logik des Zusammenschlusses für die Arbeiter. Die bedauerlichen Begleiterscheinungen in den Mitgliederkreisen, wenn es nicht so ginge wie wir wünschten, die Mürgelei an der Tätigkeit einzelner Angestellten, die Unzulässigkeit mit der sich selbst schädigende Aeußerung: „Ich trete aus!“ erfuhren eine eingehende Würdigung. Auch auf den Raubzug, der auf die Taschen der ärmeren Steuerzahler im Parlament sich abgepielt, verwies der Referent. Angesichts solcher Vorgänge hätten wir Arbeiter alle Ursache, das Kleinliche und Persönliche zurückzuhalten, auch wenn es mal nicht so geht, wie wir wollen. Für den Vortrag wurde vom Vorsitzenden dem Referenten im Namen der Versammlung der Dank ausgesprochen und die Kollegen ermächtigt, das Gehörte zu beherzigen. Als zweiter Revisor wurde Jos. Kunze und als Revisor Curt Hoffmann gewählt. Zum Schluß der Versammlung sprach ein Kollege seinen Dank aus für die ihm zuteil gewordene Unterstützung.

Petersdorf a. N. Am 18. Juli fand im Lokal Deutscher Kaiser eine allgemeine Steinarbeiterversammlung statt, welche sehr schwach besucht war. Kollege Mofig hielt einen kräftigen und wichtigen Vortrag über den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation der Steinarbeiter. Leider können sich viele Kollegen über den Nutzen der Organisation kein richtiges Bild machen, da sie immer der Versammlung fern bleiben. Die Kollegen arbeiten für wenig Lohn. Die Bundesratsverordnung steht auf dem Papier. Der Verband muß hier helfend eingreifen und er wird es auch tun. Das Referat des Kollegen Mofig muß musterhaftig genannt werden.

Pirna. Am 14. Juli fand im Gasthof zum grauen Storch in Modethal eine Steinarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: Jahres- und Kassenbericht, Neuwahl der Gesamtverwaltung und Gewerkschaftliches. Kollege Ernst berichtete, daß durch die Verschmelzung der Zahlstellen Pirna-Neundorf und Posta die Arbeiten für die Zahlstelle stark vermehrt worden sind. Besonders trat im Geschäftsjahr eine Umgehung und Auslegung der Tarife durch die Unternehmer und ihre Angestellten zutage, die uns aus den Lohnstreitigkeiten, bis jetzt gar nicht herauskommen ließ. In 17 Verhandlungen vor den Gewerkschaftsgerichten wurden uns 249,92 M. zugesprochen, 230,18 M. wurden uns durch die Gerichte nicht zuerkannt, obwohl nach unserer Meinung auch diese Summe zu zahlen ist. Es hat sich hierbei wieder gezeigt, daß Gewerkschaften in speziellen Tariffragen oft versagen und der Arbeiter trotzdem seinen sauer verdienten Lohn nicht erhält. Sachverständigenuntersuchen, die von Fachleuten einfach nicht zu verstehen sind, haben uns um diese Summe gebracht. Versammlungen haben 23, Platz- und Vorstandssitzungen 15 stattgefunden. Schiedsgerichtsungen zwischen Unternehmern und Arbeitern 4. Außerdem 1 Schiedsgerichtsverfahren, welche vom Verband deutscher Steinmehgeschäfte einberufen war. 5 Eingaben wurden an die Behörden gemacht; es handelte sich dabei um Nichteinhaltung der Bundesratsverordnung. In Punkt Agitation ist ein Flugblatt ausgearbeitet und bei der im Frühjahr erfolgten Hausagitation verwendet worden. Es hat dies jedenfalls mit dazu beigetragen, daß im zweiten Quartal 1909 Neuannahmen erfolgt sind. Der Kassenbericht, der mit 6990,60 M. Vortrag abschloß, ist von den Revisoren geprüft und in bester Ordnung befunden worden. Da eine Debatte über den Geschäfts- und Kassenbericht nicht gewünscht wurde, schritt man zum zweiten Punkt: Neuwahlen. Einige Kollegen waren der Meinung, daß es möglich sei, daß ein Vertrauensmann resp. Angestellter in Zukunft genüge, die Debatte ergab aber, daß die meisten Kollegen dieser Ansicht nicht beipflichteten und wurde beschlossen, zwei Angestellte zu wählen. Es wurden Seidel und Ernst gewählt. Als Verwaltungsmitglieder wurden die Kollegen Lehner, Pießch und Kaden gewählt. In Gewerkschaftlichem wurde die nachlässige Haltung der Behörden in Sachen der Bundesratsverordnung einer scharfen Kritik unterzogen und die Vertrauensleute aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die gesetzlichen Bestimmungen endlich auch im hiesigen Bruchgebiet eingehalten werden.

Witten. Unsere Versammlung tagte am 25. Juli. Das Referat fand nicht statt, da Kollege Brenzel, der vom Gauleiter bestellt war, nicht erschienen ist. Die anwesenden Kollegen, besonders die italienischen, waren über das Versagen der Gauleitung sehr erregt. Es war dies das zweite Mal, daß die Kollegen auf angelegte Referate verzichteten mußten. Die Lokalverwaltung hatte ihr möglichstes getan, um viele Kollegen heranzuziehen. Mehrere dem Verband noch nicht angehörende italienische Kollegen verließen das Lokal, nachdem der Referent nicht erschienen. Aber zur Freude sei es erwähnt, drei Kollegen ließen sich doch noch aufnehmen. Nachdem der Kassierer den Stand der Kasse bekannt gegeben, wurde ihm Entlastung erteilt. Die Einnahme des Quartals vom 1. April bis 30. Juni betrug 253,51 M., die Ausgabe 159,84 M., bleibt Kassenbestand 93,67 M. Eine lebhafte Debatte entstand über die Durchführung der Bundesratsbestimmungen. Es wurden Platzvertreter gewählt, welche zu den Vorstandssitzungen zugezogen werden.

Literarisches.

Der in seinem 34. Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1910 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg) ist sehr reichhaltig. Der Preis des Kalenders beträgt bloß 40 Pfg. Der Kalender sollte in keiner Arbeiterfamilie fehlen. Die Verstorbenen Genossen Ehrhart-Ludwigshafen, Tuhauer-Berlin, Fischer-Hamburg und Seifert-Zwickau sind in guter Weise porträtiert.

Jahrbuch des Maurerverbandes für 1908. Selbstverlag, Hamburg. Die Zusammenstellung muß als musterhaftig bezeichnet werden. Das Buch ist 243 Seiten stark. Ueber alle wichtigen Verbandsvorkommnisse ist getreu Buch geführt.